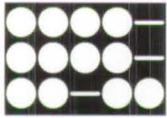
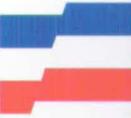


29. 12. 03

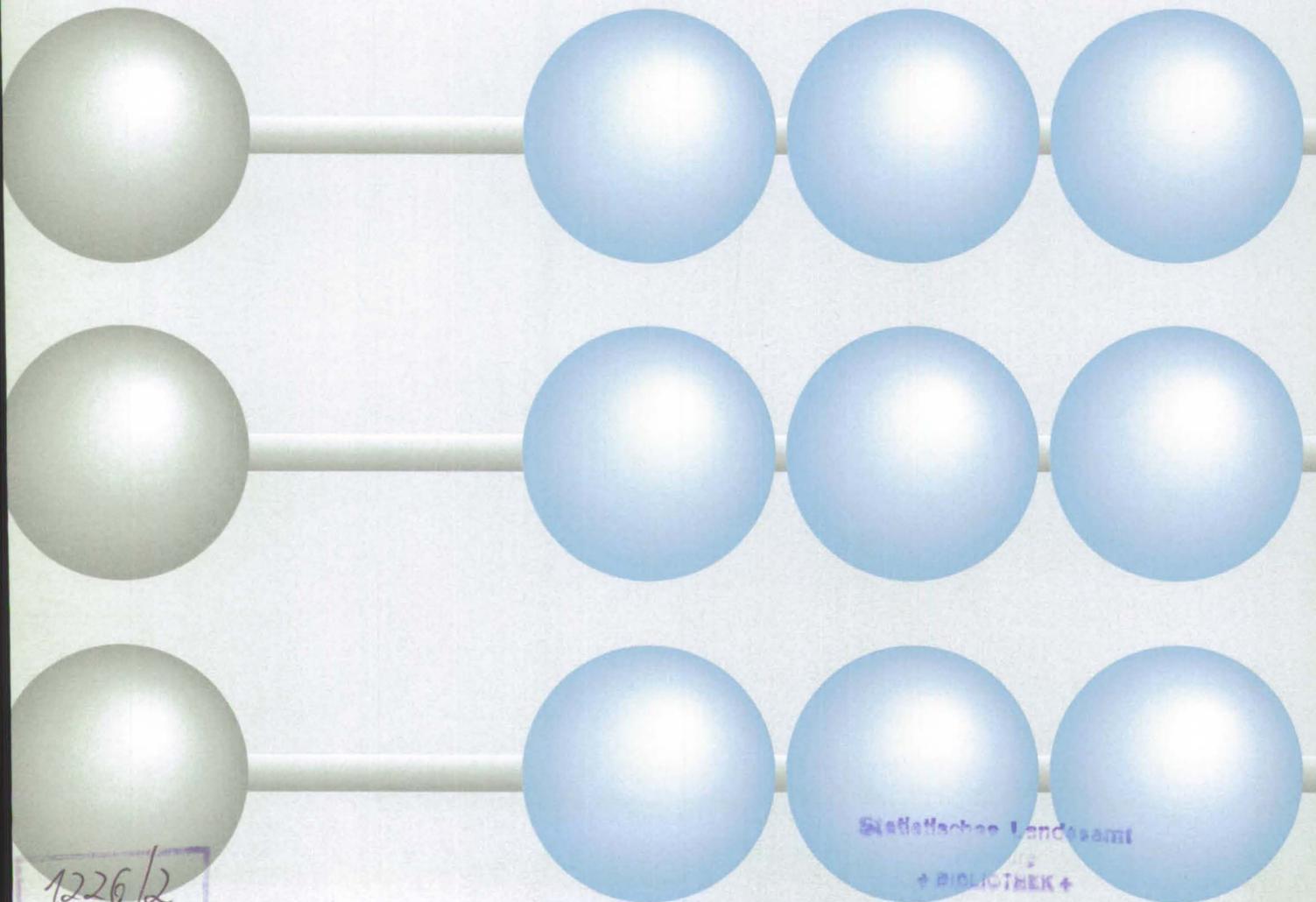


Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



55. Jahrgang, Heft 7 - 9, Juli - September 2003

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein



1226/2

Statistisches Landesamt  
+ BIBLIOTHEK +



# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

55. Jahrgang • Heft 7 - 9

Juli - September 2003

<b>Inhalt</b>	
• <b>Kurz gefasst</b> .....	129
Kommunaler Finanzausgleich, Regeluntersuchungen bei Kraftfahrzeugen, Fremdenverkehr, Statistisches Jahrbuch 2003	
• <b>Aufsatz</b>	
<b>Zur statistischen Wahrnehmung der Veränderungen   bei den statistischen Einheiten des Sektors Staat</b> .....	130
Seit einigen Jahren hat die Trennschärfe zwischen den Aufgaben des Staates und der privaten Wirtschaft dadurch abgenommen, dass die deutschen Gebietskörperschaften in wachsendem Maße Aktivitäten aus ihren Kernhaushalten in rechtlich selbstständige Einheiten des öffentlichen und auch des privaten Rechts auslagern, was gern mit dem Schlagwort „Budgetflucht“ umschrieben wird. Mit diesen Auslagerungen ist das Bild vom Gefüge staatlicher Institutionen sehr viel unschärfer und die Aufgabe der Statistik, den Staat adäquat abzubilden, sehr viel schwieriger geworden. Gegenstand dieses Beitrages sind solche Schwierigkeiten, aber auch Ansätze zu ihrer Lösung.	
• <b>Entwicklung im Bild</b> .....	151
• <b>Veröffentlichungen</b> .....	153
• <b>Zahlenspiegel</b> .....	157

### **Impressum**

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein

Postfach 71 30  
24171 Kiel

Telefon: (04 31) 68 95 - 0  
Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98  
E-Mail: info@statistik-sh.de  
Internet: www.statistik-sh.de

Redaktion  
Fritz Wormeck  
Telefon: (04 31) 68 95 - 2 46

Vertrieb:  
Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80/ - 1 22  
E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de

Druck:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein

Erscheinungsfolge:  
vierteljährlich

Auflage: 500

Preis: 2,05 €

Erfüllungsort und  
Gerichtsstand Kiel

© Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein,  
Kiel, 2003  
Für nichtgewerbliche Zwecke  
sind Vervielfältigung  
und unentgeltliche Verbreitung  
– auch auszugsweise –  
mit Quellenangabe gestattet.  
Die Verbreitung – auch auszugsweise –  
über elektronische Systeme/Datenträger  
bedarf der vorherigen Zustimmung.  
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

ISSN 0947 - 7373

### **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

### **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
  - 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
  - = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
  - ... = Zahlenangabe lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
  - × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
  - / = Zahlenwert nicht sicher genug
  - () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
  - ≐ = entspricht
- Zeichen an Zahlen bedeuten:
- p = vorläufige Zahl
  - r = berichtigte Zahl
  - s = geschätzte Zahl

### **Landeszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich sinken um 90 Mill. EUR**

Im Jahr 2003 erhalten die schleswig-holsteinischen Kreise und Gemeinden insgesamt 790 Mill. EUR an Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Damit werden den Kommunen 90 Mill. EUR oder 10,3 % weniger Mittel vom Land zugewiesen als im Vorjahr. Die geringeren Zuweisungen beruhen auf einem Rückgang der Finanzausgleichsmasse.

Die Schlüsselzuweisungen an die vier kreisfreien Städte sinken um 32 Mill. EUR (- 10,7 %) auf 263 Mill. EUR. Die Schlüsselzuweisungen an die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden gehen um 59 Mill. EUR auf 528 Mill. EUR zurück (- 10,0 %).

Zum Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs erhalten die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden zusätzlich 74 Mill. EUR. Im Vorjahr belief sich dieser Betrag auf 79 Mill. EUR.

### **849 000 Kraftfahrzeuge im Jahr 2002 in Schleswig-Holstein überprüft – Mängelquote bei LKW am höchsten**

Nach den vom Kraftfahrtbundesamt ausgewerteten Statistiken über die gesetzlichen Regeluntersuchungen bei Kraftfahrzeugen durch die technischen Prüfstellen und Überwachungsorganisationen wurden im Verlauf des vergangenen Jahres in Schleswig-Holstein 848 826 Kraftfahrzeuge (einschließlich Krafträder und Kfz-Anhänger) überprüft. Davon hatten 55 % keine erkennbaren Mängel. Bei Fahrzeugen mit geringen Mängeln (27 %) konnte die Prüfplakette zugeteilt werden, da die festgestellten Beanstandungen keinen Einfluss auf die Verkehrssicherheit hatten.

156 867 Fahrzeuge (18 %) wiesen erhebliche Mängel auf, und ihnen konnte keine Prüfplakette zugeteilt werden. Weitere 353 Kfz waren in einem derartigen Zustand, dass sie als verkehrsunsicher sofort aus dem Verkehr gezogen werden mussten.

Lastkraftwagen, Busse und sonstige Kfz nahmen in der Mängelhäufigkeit die Spitzenstellung ein. 22 % dieser Gruppe von Fahrzeugen hatten erhebliche Mängel oder waren sogar verkehrsunsicher.

Während die Mängelhäufigkeit bei Personenkraftwagen sich mit 20 % auf einem ähnlichen Niveau befand, konnten derartige Probleme bei Kfz-Anhängern mit 12 %, Zugmaschinen mit 11 % und Krafträdern mit 8 % deutlich seltener verzeichnet werden.

### **Fremdenverkehr im September 2003**

Im September 2003 kamen 472 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 0,3 % mehr Gäste als im September 2002. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (2 327 000) nahm gegenüber September 2002 um 2,8 % zu.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 0,3 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

### **Statistisches Jahrbuch Schleswig- Holstein 2003 jetzt erschienen**

Mit einer Fülle von Daten aus Wirtschaft und Gesellschaft, Sozialem, Politik und Kultur informiert das Statistische Jahrbuch mit der neuen Ausgabe 2003. Durch den breiten Überblick über Ergebnisse aus den Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik ist das Jahrbuch die gewohnt ergiebige und unverzichtbare Informationsquelle.

Die Ausgabe 2003 der in dieser Themenvielfalt ausführlichsten Querschnittsveröffentlichung des Statistischen Landesamtes bietet auf 294 Seiten in erster Linie Daten und Fakten für Schleswig-Holstein, seine Kreise und kreisfreien Städte. Für den überregionalen Vergleich wurden Zahlen für die anderen Bundesländer sowie für Deutschland insgesamt ausgewählt.

Neben dem großen Datenangebot und vielen erläuternden Hinweisen sind Eckdaten zu verschiedensten Themen mit Grafiken anschaulich dargestellt. Zahlreiche Kreiskarten illustrieren dabei regionale Unterschiede.

Das Statistische Jahrbuch Schleswig-Holstein 2003 (ISSN 0487-6423) ist zum Preis von 15 EUR über den Buchhandel oder direkt vom Statistischen Landesamt erhältlich.

Der komplette Inhalt des Statistischen Jahrbuchs ist auch auf CD-ROM (ISSN 1611-132x) für die Nutzung am PC (Systemvoraussetzung: Windows 95 oder höher) zum Preis von 10 EUR verfügbar.

Im Bündel werden die gedruckte und elektronische Version mit einem Preisvorteil für insgesamt 20 EUR abgegeben.

Bestellungen bitte an:  
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein  
Postfach 71 30; 24171 Kiel  
Tel.: (04 31) 68 95 - 2 80 (Vertrieb)  
Fax: (04 31) 68 95 - 4 98  
E-Mail: [vertrieb@statistik-sh.de](mailto:vertrieb@statistik-sh.de)

## Zur statistischen Wahrnehmung der Veränderungen bei den statistischen Einheiten des Sektors Staat

Dieser Beitrag erscheint mit geringfügigen Veränderungen auch als Working paper No. 42 der Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie, herausgegeben von der Universität Rostock.

### 1. Vorbemerkung

In den üblichen Kreislaufdarstellungen der theoretischen Volkswirtschaftslehre bildet der Staat neben den privaten Haushalten, dem Ausland und der privaten Wirtschaft stets einen eigenen Sektor. Die Trennschärfe zwischen dem, was der Staat tut, und dem, was die private Wirtschaft tut, hat aber seit einigen Jahren dadurch abgenommen, dass die deutschen Gebietskörperschaften in starkem, offenkundig wachsendem Maße Aktivitäten aus ihren Kernhaushalten in rechtlich selbstständige Einheiten des öffentlichen und auch des privaten Rechts auslagern. Dies wird gern mit dem eingängigen Schlagwort „Budgetflucht“ apostrophiert. Mit diesen Auslagerungen ist das Bild vom Gefüge staatlicher Institutionen sehr viel unschärfer und die Aufgabe der Statistik, den Staat adäquat abzubilden, sehr viel schwieriger geworden. Gegenstand dieses Beitrages sind solche Schwierigkeiten, aber auch Ansätze zu ihrer Lösung.

Auf das Schlagwort „Budgetflucht“ wird im Titel verzichtet, denn es kann für sich allein genommen falsche oder unzureichende Assoziationen auslösen. Es wird im Folgenden allerdings durchaus benutzt, dabei aber in seinem Kontext problematisiert. Der Begriff „statistische Einheiten“ hat zwar Eingang in den Titel gefunden, aber er hat wie viele korrekte Begriffe den Nachteil, sehr amorph zu sein und das tatsächlich Gemeinte nur den fachlichen Insidern zu assoziieren. Dem Fachbegriff „statistische Einheiten“ ist daher ein erheblicher Teil des Aufsatzes gewidmet.

Von „statistischer Wahrnehmung“ wird im Titel gesprochen, weil die Informationen über die Veränderungen in der „institutionellen Kulisse“ des Staates den statistischen Ämtern keineswegs mehr wie noch vor einigen Jahren quasi automatisch über die klaren, etablierten Prozesse des laufenden Erhebungsgeschäfts in den Schoß fallen. Sie müssen jetzt vielmehr teils aufwändig auf verschiedenen Wegen ermittelt und der statistischen Wahrnehmung zugeführt werden: Die Informationen aus amtlichen Mitteilungen, aus der Tagespresse, aus dem Internet oder aus sonstigen Quellen sind auf Relevanz zu prüfen, methodisch einzuordnen und damit für eventuelle statistische Berichtspflichten und zur Vermeidung von Doppelzählungen oder Untererfassungen zu kategori-

sieren. Warum dies so ist und welche Schwierigkeiten empirischer wie auch konzeptioneller Art dabei zu überwinden sind, ist ebenfalls Gegenstand dieses Beitrages.

### 2. Statistische Adäquation und die Frage der statistischen Einheit

Grohmann (1985) hat in seinem Aufsatz über die Problematik der statistischen Adäquation zwei Ziele jeglichen Erfahrungs- und Erkenntnisinteresses herausgestellt: die Deskription, d. h. die Beschreibung der Realität in ihrer raumzeitlichen Gebundenheit, und die Kausalforschung. Unter Kausalforschung versteht Grohmann das Aufdecken von Gesetzen oder Gesetzmäßigkeiten, von Ursache-Wirkungs-Beziehungen, von Abhängigkeiten und Interdependenzen. Zwischen den fachwissenschaftlichen und den statistischen Begriffen gebe es eine prinzipiell unüberbrückbare logische Diskrepanz. Die zur Bildung von Theorien verwendeten Begriffe seien „Idealtypen“ im Sinne von Max Weber. Den „Idealtypen“ könnten die realen Einheiten, wie sie die Statistik zu zählen hat, gar nicht entsprechen. Statistische Begriffe müssten, um Zählbarkeit zu gewährleisten, als empirische Gattungsbegriffe formuliert werden. Das wiederum habe so zu geschehen, dass die unüberbrückbare Diskrepanz möglichst klein bleibe (Adäquationsprinzip). Grohmann führt als Beispiel an, dass Nationalökonomie und Soziologie die Schwierigkeiten im Umgang mit einer verwirrenden Vielfalt möglicher, intersubjektiv kaum nachprüfbarer Einsichten und Urteile dadurch überwinden, dass sie als besonders wesentlich erachtete Aspekte explizit herausheben, verabsolutieren und in dieser Form zur Grundlage der Begriffsbildung machen. Die agierenden Wirtschaftssubjekte – Unternehmer, private Haushalte, Investoren, Handwerker, Monopolisten – würden dabei so definiert, dass sie ganz bestimmte Wertvorstellungen besitzen, festen verstehbaren Verhaltensnormen folgen und nach rationalen Entscheidungsmaximen bestimmte Ziele verfolgen.

Zu den „Idealtypen“ im Sinne von Max Weber ergänzt Grohmann, dass nicht nur die handelnden Subjekte selbst idealtypisch definiert seien, sondern auch die von ihnen geschaffenen Institutionen (Staat, Verbände,

Unternehmen) und die von ihnen ausgeübten Funktionen (Konsum, Einkommens- und Vermögensbildung) bis hin zu so abstrakten Konstrukten wie Wertschöpfung und Sozialprodukt. Grohmann zitiert Max Weber wörtlich: „Die abstrakte Wirtschaftstheorie ... bietet uns ein Idealbild der Vorgänge auf dem Gütermarkt bei tauschwirtschaftlicher Gesellschaftsorganisation, freier Konkurrenz und streng rationalem Handeln. Dieses Gedankenbild vereinigt bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen Lebens zu einem in sich widerspruchsfreien Kosmos gedachter Zusammenhänge. Inhaltlich trägt diese Konstruktion den Charakter einer Utopie an sich, die durch gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit gewonnen ist.“

Die Bedeutung der statistischen Einheiten für die statistische Adäquanz und ihre kognitive Relevanz für die statistiknutzende Wissenschaft hat jüngst Richter herausgestellt. Er zeigt den Zusammenhang zwischen Transaktionen, Einheiten und Klassifikationen auf. Wenn als Transaktion aufgefasst werde, was „zwischen den Einheiten“ vorgeht, dann bestimme die Wahl der Einheit den Umfang der Transaktionen, so etwa bei der Produktionsmessung, wo es bei der Aufspaltung von Einheiten zu Brutto-Effekten kommen kann, wenn interne Lieferungen und Leistungen nun zu Transaktionen mit anderen Einheiten und damit zu Output und zu Vorleistungen werden. Die Wahl der Einheit bestimme aber nicht nur die Höhe mancher Merkmalsausprägungen, sondern die Ergebnisse jeder Klassifikation. Richter liefert Beispiele für die Interdependenz der Wahl der statistischen Einheiten und der Eindeutigkeit klassifikatorischer Zuordnungen.

Richter hatte schon in früheren Beiträgen behauptet, die akademische Welt würde oft die Bedeutung der statistischen Einheiten negieren. Andererseits würden manche Analytiker von der Findung einer „idealen Einheit“ sogar die Lösung eines Gutteils der anstehenden Probleme erwarten. Diese könne es aber wegen massiver trade-offs schlechthin nicht geben. „Wer Nähe zu buchhalterischen Vorgängen sucht und Marktpreise als die *conditio sine qua non* ansieht, kann nicht gleichzeitig die Darstellung homogener Produktionskonten erwarten. Wer einer tiefen regionalen Zuordnung Priorität zumißt, darf nicht jede Merkmalsfülle erwarten, die nur auf der Unternehmensebene erreichbar ist, usw.“<sup>1</sup> Er hält die Frage der statistischen Einheiten für so dauerhaft elementar, dass er sehr plastisch von der „immergrünen Frage der statistischen Einheit“ spricht<sup>2</sup>. Seine Beiträge sind noch ausschließlich auf die nichtstaatliche Sphäre und hier insbesondere auf die Diskussion Unterneh-

mens- versus Betriebskonzept ausgerichtet. Die Einheiten des Staates thematisiert er nicht. Sie sind als solche bisher auch anderswo kaum zum Thema erhoben worden, wenn man von den international vereinbarten amtlichen Methodentexten einmal absieht.

Die Bedeutung des methodisch-konzeptionellen Elements „statistische Einheit“ wird aber nicht nur von der nutzenden Wissenschaft, sondern wohl auch von vielen Produzenten der amtlichen Statistik unterschätzt. In Deutschland gibt der Gesetzgeber schon seit vielen Jahrzehnten, insbesondere seit dem so genannten Volkszählungsurteil von 1987, sehr detailliert vor, wann die statistischen Ämter wen nach welchen Merkmalen fragen dürfen. Dort, wo die statistischen Ämter die Daten ohne direkte Befragung erhalten (Sekundärstatistiken), stellt sich die Frage nach der statistischen Einheit des Respondenten ebenfalls nicht, denn wer hinter dem Datensatz einer Umsatzsteuererklärung, einer Einkommensteuererklärung, einer Wohngeldbewilligung, einer Insolvenz oder einer Baugenehmigung steht, definiert nicht die Statistik selbst, sondern das Spezialrecht, dem die sekundärstatistische Quelle unterliegt. Und welches Unternehmen, welcher Betrieb, welches Individuum konkret hinter dem sekundärstatistischen Datensatz steht, ist für die Lieferung an die Statistik ohnehin unkenntlich gemacht worden.<sup>3</sup> Die statistischen Ämter in Deutschland hatten bis vor einigen Jahren daher wenig Anlass, sich über die definitorische Bestimmung dessen, worauf sich der ihnen gelieferte Datenkranz bezieht, Gedanken zu machen, zumal das „Unternehmen“ – das Kernelement der primären Wirtschaftsstatistiken – lange Zeit als hinreichend präzise und praktikabel definiert galt, nämlich als „kleinste rechtliche Einheit, die verpflichtet ist, Bücher zu führen“.

Die Frage der adäquaten statistischen Einheiten für die Wirtschaftsstatistiken war in Deutschland bereits in den fünfziger Jahren intensiv diskutiert worden. Sie ist seit einigen Jahren im Kontext der Angleichung der internationalen Gesamtrechnungen und der Statistiksysteme, aber auch wegen der zunehmend inadäquater werdenden Bindung der Unternehmensdefinition an rechtlich-institutionelle Gegebenheiten wieder aufgenommen worden.<sup>4</sup> In diesem Beitrag wird darauf aber nur am Rande eingegangen. Es wird vielmehr die These aufgestellt, dass auch für die statistischen Einheiten des Staates deren empirische und kognitive Bedeutung neu ausgelotet werden müssen. Dies gilt nicht nur für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

<sup>1</sup> Richter (1987), S. 205

<sup>2</sup> In Übersetzung eines Zitats von Postner (1986, S. 236): „the perennial question of statistical unit“

<sup>3</sup> Eine Ausnahme stellt die Lieferung von Sekundärdaten für den Update des statistischen Unternehmensregisters dar.

<sup>4</sup> Eine Einführung hierzu liefert Struck (2000). Zur vertiefenden Lektüre sei insbesondere hingewiesen auf Voy (2001).

nungen (VGR), sondern auch für deren Basisstatistiken der staatlichen Finanzen und des Personalstandes sowie der öffentlichen Einrichtungen, Fonds und Unternehmen. Zunächst jedoch sind die methodisch-konzeptionellen Vorbemerkungen weiter zu konkretisieren, weil nur so das Problem einigermaßen verständlich wird, das die volkswirtschaftlichen Gesamtrechner mit den Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten und mit dem Phänomen der „Budgetflucht“ haben.<sup>5</sup>

### 3. Zur konzeptionellen Bedeutung der (statistischen) Einheiten für die VGR

Die konzeptionelle Bedeutung der statistischen Einheiten ist für die VGR besonders hoch und geradezu elementar. Dies mag erstaunen, weil doch die VGR mit der Makroebene wirtschaftlicher Vorgänge assoziiert wird und kaum mit der Mikroebene, der man die statistischen Einheiten zuschreiben muss. Die Bedeutung der Einheiten wird auch nicht so sehr für die Lösung von Einzelfällen reklamiert, sondern für die konzeptionellen, gleichsam grundsätzlichen Fragen. Das zeigt sich in diversen konkreten Forderungen an

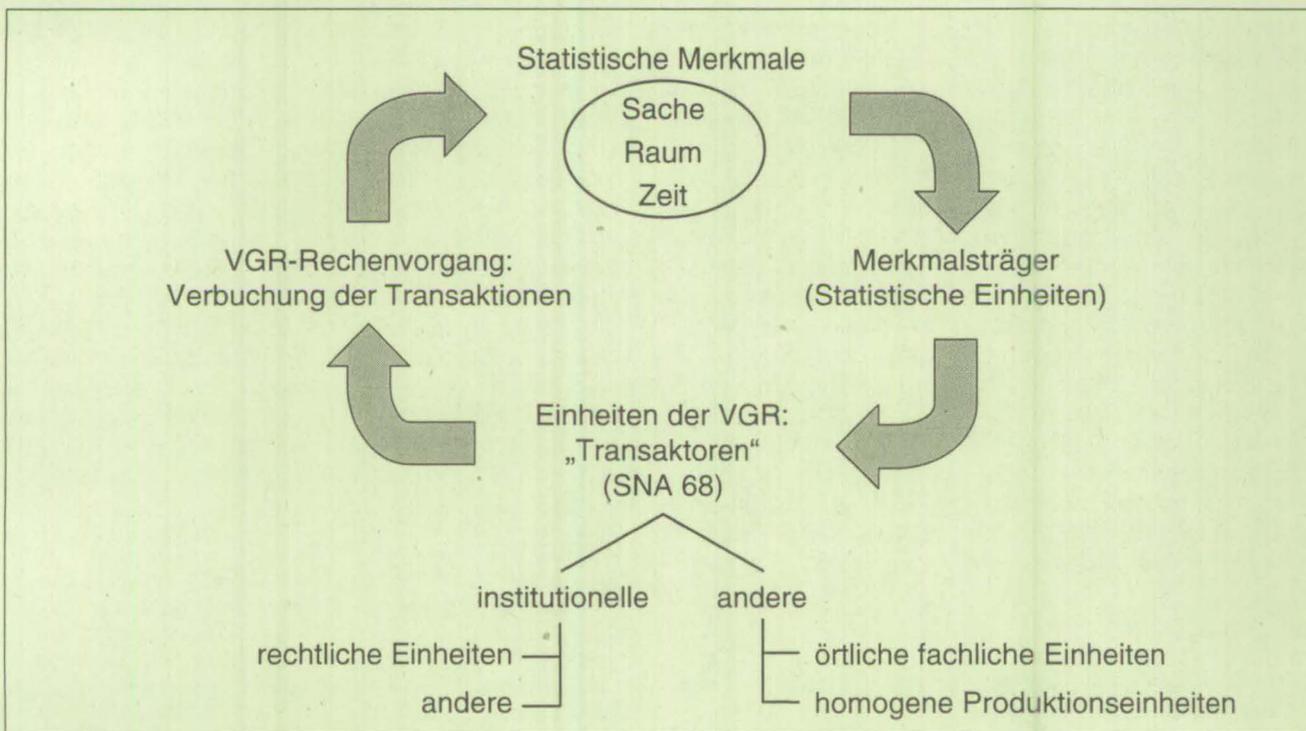
die methodische Ausgestaltung der Basisstatistiken, die im System of National Accounts (SNA), dem international vereinbarten VGR-Standard, auch offen und klar geäußert werden.

Der Bedeutungszusammenhang Merkmal, Merkmalsträger, Einheiten soll an einem einfachen, den Produktionsprozess der Gesamtrechnungen grob nachbildenden und von der Zwölf-Uhr-Stellung aus im Uhrzeigersinn zu betrachtenden Kreislaufschema dargestellt werden. (Abb.: 1)

Jedes statistische Ergebnis oder Merkmal muss bekanntlich nach Sache, Raum und Zeit eindeutig bestimmt sein. In den Basisstatistiken der Gesamtrechnungen sind diese Merkmale je nach Erhebungszweck Individuen, privaten Haushalten, Betrieben, Unternehmen, Einrichtungen (Merkmalsträgern) zugeordnet. Merkmalsträger und statistische Einheit sind in der Regel, aber nicht immer, identisch. In den Verdiensterhebungen etwa sind die Merkmalsträger neben dem Unternehmen und dem Betrieb (statistische Einheiten) auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn man von statistischen Einheiten spricht und präzise sein will, muss man außerdem zwischen der Erhebungs- oder Beobachtungseinheit und der Darstellungseinheit unterscheiden. So kann die Pflicht zur Auskunft für die Statistik, wie etwa bei den Handels- und Gaststättenzählungen, beim Unternehmen liegen, das dann die Daten für alle seine Be-

<sup>5</sup> Prinzipiell sind natürlich auch gravierende Probleme bei einer Flucht in das öffentliche Budget zu lösen.

Abb. 1: Statistische Merkmale, Merkmalsträger, Einheiten



triebe<sup>6</sup> aus einer Hand meldet und damit der Statistik die Option eröffnet, Ergebnisse wahlweise für die Ebene der Unternehmen oder die der Betriebe zu präsentieren.

Die Ergebnisse der Basisstatistiken müssen in die konzeptionelle Welt der VGR eingebaut werden. Eines der Kernelemente der VGR ist die Trennung zwischen den institutionellen Einheiten, die in ihrer Summe die Sektoren bilden, und den örtlichen fachlichen Einheiten und den homogenen Produktionseinheiten. Das System der VGR unterscheidet fünf Sektoren: Staat, finanzielle Kapitalgesellschaften, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. Bei den institutionellen Einheiten handelt es sich, verkürzt und vereinfacht gesagt, um Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Gebietskörperschaften, private Haushalte, Vereine, Verbände und sonstige rechtsfähige Institutionen, bei den örtlichen fachlichen Einheiten um Betriebe, freiberufliche Praxen, Ämter, Dienststellen, Schulen, Kasernen usw. Die homogenen Produktionseinheiten sind eine analytische Sonderform für Zwecke der Input-Output-Rechnungen, auf die hier nicht weiter eingegangen zu werden braucht.

Der Begriff „Transaktor“ wurde hinzugefügt, obwohl er ungebräuchlich und nicht belegt, gleichwohl aber für den Zweck dieses Schemas hinreichend treffend ist. Er steht hier stellvertretend für die oben genannten Einheiten, die die in den Gesamtrechnungen zu verbuchenden Transaktionen ausüben. Sie sind mit den statistischen Einheiten der Basisstatistiken häufig, aber nicht immer identisch. So sind etwa Daten der betrieblichen Ebene (örtliche fachliche Einheiten) auf die der institutionellen Einheiten zu transformieren und nach Sektoren zu gliedern. Oder es sind sekundärstatistische Daten wie etwa die der Baufertigstellungen überhaupt erst nach Transaktoren zu klassifizieren. Der Begriff „Transaktor“ entstammt dem mittlerweile durch eine neuere Fassung abgelösten SNA der Vereinten Nationen von 1968. Im neuen SNA tritt der Begriff „Transaktor“ vermutlich deshalb nicht mehr so markant hervor, weil dort jetzt in Erweiterung der „asset boundary“ und der „production boundary“ – u. a. um bestimmte Naturvermögen und deren Veränderungen – zwischen „transactions“ und „other

economic flows“ unterschieden, aber damit das eingängige und auch gut ins Deutsche übertragbare Begriffspaar „transactor/transaction“ für unscharf gehalten wird.

Bei der Verbuchung der Transaktionen in den VGR werden die Daten der Mikroebene nicht nur nach den VGR-Transaktoren klassifiziert, sondern – zumeist in einem Arbeitsgang – auch inhaltlich transformiert, adjustiert und rekonziliert, denn sie entsprechen nicht immer den Konzepten und den Summenbedingungen der VGR. Es kommt zu Mikro-Makro-Lücken. Dies wiederum führt zur Forderung, prominent vorgetragen u. a. von Postner und Ruggles, diese Lücken zu schließen. Vom Konzept her dürfen die Makrodaten also so wenig wie möglich von der (konsolidierten) Summe der Mikrodaten abweichen („Mikrofundierung“). Auch das SNA 1993 stellt die Mikrofundierung als wünschenswert heraus, weist aber darauf hin, dass dies in der Praxis nur selten möglich sei. Auf eine besondere Art der Mikro-Makro-Lücken, nämlich die zwischen Finanzstatistik und Gesamtrechnungen, ist noch einzugehen.

Das Kreislaufbild ist insofern geschlossen, als das Rechenergebnis der VGR ebenso wie seine Ingredienzien nach Sache, Raum und Zeit eindeutig bestimmt sein muss. Der Kreislauf ist damit aber auch abgeschlossen, ein wiederkehrender Kreislauf ist es nicht.

#### 4. Der Staat in den Wirtschaftsklassifikationen

In einem ausführlichen, verdienstvollen Beitrag sind jüngst Historie und Bedeutung der für Deutschland relevanten wirtschaftsstatistischen Klassifikationen beleuchtet worden. Baillet/Voy stellen dort den methodengeschichtlichen Kontext zwischen statistischen Einheiten, Klassifikationen und VGR her und verweisen darauf, dass das Statistische Bundesamt zwischen 1957 und 1960 zu allen drei genannten Komponenten grundlegende Aufsätze beigesteuert hat, die das System der deutschen Wirtschaftsstatistiken bis in die Neunziger Jahre hinein geprägt haben. Den drei Aufsätzen in „Wirtschaft und Statistik“ über statistische Einheiten (Fürst, 1957), über Systematik der Wirtschaftszweige (Bartels, Spilker, 1959) und über VGR (Bartels, 1960) sei die zentrale Hervorhebung einer konzeptionellen Dimension gemeinsam, nämlich der Marktbezug der einzelnen wirtschaftlichen Einheiten oder, gesamtwirtschaftlich ausgedrückt, deren Stellung im Wirtschaftskreislauf. Das ganze Spektrum der wirtschaftlichen Transaktionen an Märkten könne nur von rechtlich-finanziellen Einheiten vollzogen werden, die sich wiederum nach der Art der Abgabe ihrer Leistung unterscheiden würden: Unternehmen

<sup>6</sup> Genauer: Die Handels- und Gaststättenzählungen erfassen die örtliche Einheit, den Shop oder, statistisch-fachlich, die „Arbeitsstätte“. Der „Betrieb“, der einheitenhierarchisch zwischen „Unternehmen“ und „Arbeitsstätte“ liegt, wird sowohl auf der Erhebungs- wie auf der Darstellungsebene übersprungen. Die Handels- und Gaststättenzählungen sind allerdings die derzeit einzigen wirtschaftsstatistischen Erhebungen, die mit der statistischen Einheit „Arbeitsstätte“ operieren.

verkaufen ihr Produktionsergebnis, staatliche und private Organisationen geben ihre Leistung weitgehend unentgeltlich ab und finanzieren sich aus anderen Quellen.

Das so genannte Sektorkonzept hat das Statistische Bundesamt mit der Wirtschaftszweigsystematik von 1961 eingeführt. Die oberste Gliederungsebene waren die Sektoren

- Unternehmen (einschließlich freie Berufe),
- Private Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter),
- Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung).

Die funktionale Gliederung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit war der hierarchischen Ebene unterhalb dieser Sektoren zugewiesen, wobei der Unternehmenssektor naturgemäß fachlich breiter zu berücksichtigen war und von der Landwirtschaft bis zu den Dienstleistungen sieben Abteilungen umfasste, während die anderen beiden Sektoren jeweils nur eine Abteilung benötigten. Zu den Unternehmen rechnete man nach dem deutschen „Unternehmenskonzept“ auch die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, also die der Malermeister, Kioskbetreiber, Tankstellenpächter, Gastwirte, Landwirte, Freiberufler usw. Die entscheidende Besonderheit der bundesdeutschen VGR zwischen 1960 und 1998 war, dass sie die Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen nicht separat darstellte, sondern in die Sektorengliederung integrierte. Die Ergebnisse für die Wirtschaftsbereiche wurden gleichsam über die Konstruktion der Systematik summarisch zu Sektorergebnissen zusammengefasst. Der Staat war stets Wirtschaftsbereich und Sektor zugleich.

Es hatte sich allerdings in der internationalen Debatte um 1960 abgezeichnet, dass die Weiterentwicklung der internationalen Systeme in eine andere Richtung gehen würde, nämlich hin zu einem dualen System statistischer Einheiten mit der Ebene der – wie man sie heute nennt – institutionellen Einheiten (Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Gebietskörperschaften, private Organisationen und private Haushalte) einerseits und der der „establishments“ andererseits, was nicht punktgenau ins Deutsche übersetzt werden kann und inhaltlich noch am ehesten mit Betrieb, Niederlassung, Dienststelle usw. zu bezeichnen ist.

Die internationalen VGR-Systeme und Systematiken – gemeint sind hier das SNA 1968, die ISIC<sup>7</sup> und die

<sup>7</sup> ISIC ist das Akronym für die Klassifikation der Vereinten Nationen. Aktuelle Fassung: United Nations (1990)

NACE<sup>8</sup> – unterschieden sich vom deutschen „Unternehmenskonzept“ im wesentlichen in zwei Punkten:

- Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wurden in Deutschland zu den Unternehmen gerechnet, im SNA zum Sektor private Haushalte.
- Die internationalen Systematiken oder, wie man heute sagt, Klassifikationen, wurden und werden auf die Ebene der „establishments“ angewendet, während die deutsche VGR diese Ebene ausblendete und die wirtschaftliche Gliederung der Wertschöpfungsberechnung nach dem Schwerpunkt der Unternehmen und nicht dem ihrer Betriebe vornahm.

Bis Mitte der neunziger Jahre war es möglich, dass Deutschland an seinem System festhielt, weil die internationalen Systeme lediglich eine Empfehlung darstellten. Im Zuge der Vereinheitlichung der statistischen Basis in der Europäischen Union (EU) sind aber diverse Verordnungen erlassen worden, die zu einer Revision der für Deutschland gültigen Wirtschaftsklassifikation, zu einer Revision der VGR, zur Einführung eines EU-einheitlichen Unternehmensregisters und – was die bereits behauptete Relevanz unterstreicht – zu einer verbindlichen EU-Definition statistischer Einheiten geführt haben.

Für das Abbild des Staates in der deutschen Statistik bedeutete dies die Abkehr von der Identität zwischen Sektor und Wirtschaftsbereich. Gleichwohl bleibt es in der Praxis der deutschen VGR bei einigen Besonderheiten. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Daten der Finanz- und der Personalstandstatistiken – sie bilden weiterhin die wichtigste Quelle der VGR für den Sektor Staat – findet auf einem Umweg statt. Sie richtet sich nicht wie bei den Statistiken des privatwirtschaftlichen Bereichs nach dem Code Wirtschaftszweigklassifikation 1993 (WZ 93) der statistischen Einheiten, sondern folgt einer im Statistischen Bundesamt definierten Verteilung bestimmter Funktionskennnummern der Finanz- und der Personalstandstatistiken auf die Wirtschaftszweige. Die Funktionskennnummern<sup>9</sup> werden nicht bei den einzelnen Dienststellen selbst erhoben, sondern entstammen den Meldungen der Gebietskörperschaften, denen sie angehören. Man teilt also nicht jede Behörde, jedes Amt oder jede Kaserne einzeln der WZ zu, sondern folgt der Konvention, dass das personal- oder finanz-

<sup>8</sup> NACE ist das Akronym für die Klassifikation der Europäischen Gemeinschaft. Fassung Rev. 1: Europäische Gemeinschaft (1990)

<sup>9</sup> In der Rechnungslegung öffentlicher Haushalte vergeben die Finanzministerien und die Kammereien für jede Einnahme und jede Ausgabe nach bundeseinheitlichen Klassifikationen einen Schlüssel, aus dem die Zweckbestimmung (z. B. 014 für „amtliche Statistik“) hervorgeht.

statistisch je Sub-Sektor (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) aggregierte Ergebnis für die Funktion X dem Wirtschaftszweig Y zuzuordnen sei. Diese Verschränkung von Funktion und Wirtschaftszweig folgt einer vom Statistischen Bundesamt vorgegebenen Approximation, die die derzeit wohl bestmögliche Realisierung des Betriebskonzepts auf der Basis der kameralen Finanzstatistik darstellt.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates werden also je nach Funktion seiner Rathäuser, Polizeistationen, Schulen, Universitäten, Kasernen, Wasserwerke, Beratungsstellen, Gefängnisse oder sonstigen Dienststellen auf die Schubladen, die die WZ anbietet, aufgeteilt. Der genannten Konvention zufolge wird die Marktproduktion des Staates in örtlichen fachlichen Einheiten erbracht, die den Wirtschaftsbereichen

- Land- und Forstwirtschaft,
- Wasserversorgung,
- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr (Parkhäuser der Gemeinden),
- Grundstücks- und Wohnungswesen und der
- Erbringung von Entsorgungsleistungen zuzurechnen sind.

Die Nichtmarktproduktion des Staates (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung<sup>10</sup>) verteilt sich auf die Wirtschaftsbereiche

- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, u. a. Wasserstraßen und Häfen,
- Forschung und Entwicklung,
- öffentliche Verwaltung,
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen,
- Erziehung und Unterricht sowie
- Kultur, Sport und Unterhaltung.

Exklusiv für den Staat reserviert ist in der deutschen Fassung der NACE, der WZ 93<sup>11</sup>, nur der Bereich 75 „öffentliche Verwaltung“. Außerhalb dieses Bereiches, also insbesondere in „Erziehung und Unterricht“, im Gesundheitswesen oder in „Kultur, Sport, Unterhaltung“, trägt der Staat zu den Ergebnissen lediglich bei und wird insofern nicht anders behandelt als Privatschulen, Arztpraxen, Klavierlehrer oder Tanzschulen. Das Sektorergebnis für den Staat ist nicht mehr über die Summe bestimmter Wirtschaftsbereiche ermittelbar, sondern entsteht in einem gesonderten Rechengang.

<sup>10</sup> Im Wesentlichen selbsterstellte Software und Bauaufsichtsleistungen der Bauämter.

<sup>11</sup> Statistisches Bundesamt (1994)

## 5. Zum statistischen Abbild des Staates in der VGR

Das SNA 1993 und in seinem Gefolge die daraus für die Mitgliedstaaten der EU abgeleitete Fassung, das ESVG 1995<sup>12</sup>, haben die ökonomischen Transaktionen des Staates ein Stück weiter als zuvor ihrer Besonderheiten beraubt. Die internationalen VGR-Methodenpapiere sehen zwar nach wie vor einen Nachweis für den Sektor Staat und – fakultativ – auch einen für den „öffentlichen Sektor“ vor, trennen jetzt aber vorwiegend nach Marktproduzenten, Produzenten für die Eigenverwendung und nach Nichtmarktproduzenten. Der Staat findet sich mit einigen seiner Transaktionen in einer gemeinsamen methodischen Schublade mit anderen Marktproduzenten, und in seiner überwiegenden Eigenschaft als Nichtmarktproduzent muss er sich diese Schublade mit den Organisationen ohne Erwerbszweck teilen. Die Abbildung des Staates in den VGR rückt aber vor allem wegen der beiden Fiskalkriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – Schuldenstand und Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – sehr viel stärker ins politische Blickfeld als die traditionelle Finanzstatistik, zumal für die Maastricht-Kriterien die ESVG-Vorschriften und nicht die Methoden der Finanzstatistik bindend sind.

Der Staat ist im derzeitigen System der VGR, wie bereits angesprochen, einer der fünf Sektoren, nicht jedoch ein Wirtschaftsbereich. SNA wie ESVG sehen als Option auch den Nachweis eines „öffentlichen Sektors“ vor, dem neben dem Staat auch die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen zuzurechnen wären. Für den Staat gilt eine gesonderte UN-Klassifikation, die Classification of the Functions of Government (COFOG). Die COFOG ist für den tieferen Nachweis staatlichen Kollektivkonsums von besonderer Bedeutung.

Das ESVG definiert den Sektor Staat wie folgt: Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, die zu den sonstigen Nichtmarktproduzenten zählen, deren Produktionswert für den Individual- und Kollektivkonsum bestimmt ist, die sich primär mit Zwangsabgaben von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen.

<sup>12</sup> Vgl. Eurostat (1996). Das ESVG ist Gegenstand der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft“ (ESVG-Verordnung). Darin wird den Mitgliedstaaten der EU rechtsverbindlich vorgeschrieben, dass sie für die Berechnung regionaler VGR-Daten für EU-Zwecke ab 2000 die Methodik des ESVG 1995 anzuwenden haben.

SNA und ESVG behandeln die fünf Sektoren im Design und in den Bezeichnungen der Kontenfolge<sup>13</sup>, in den Definitionen von Markt- und Nichtmarktproduktion, in den Bewertungs- und Verbuchungsregeln und auch in der Frage der Einheiten grundsätzlich gleich.<sup>14</sup> Für den Staat gelten allerdings einige Hinweise, wie die einheitlichen Regeln in seinem speziellen Fall anzuwenden sind.

Die institutionellen Einheiten des Staates in Deutschland sind im Wesentlichen der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände und die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung. Bund und Länder verfügen über Sondervermögen.<sup>15</sup> Soweit diese Nichtmarktproduktion betreiben, rechnen sie ebenfalls zum Staat. Sondervermögen der Marktproduktion (wie früher die Bahn und die Post) werden in der VGR als Quasikapitalgesellschaften nicht dem Staat, sondern den Kapitalgesellschaften zugerechnet. Zum Bund zählen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Aufbauhilfe“, Bundeseisenbahnvermögen (teilweise), Erblastentilgungsfonds (vormals Kreditabwicklungsfonds), Schwerbehindertenausgleichsfonds, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes und Entschädigungsfonds.

Die institutionellen Einheiten des Staates schließen die von ihnen betriebenen „Sozialschutzsysteme“ (ESVG, Ziffer 4.87 ff.) wie die für Pensionen oder Beihilfen im Krankheitsfall ein. Die „Sozialschutzsysteme“ sind keine institutionellen Einheiten sui generis.

<sup>13</sup> Gegen die Übernahme der Begriffe der Kontenfolge und der Kontensalden für die Kapitalgesellschaften auch für den Staat ist aber auch Kritik geäußert worden, so etwa gegen die Übertragung der Begriffe „Wertschöpfung“, „verfügbares Einkommen“ und „Sparen“. Die Produktion des Staates sei fast völlig identisch mit der Summe der Kosten, von daher könne im Saldo des Produktionskontos nicht „Wertschöpfung“ stehen. Sein „Einkommen“ stamme nicht aus wirtschaftlicher Tätigkeit, sondern aus Umverteilung, und sei nicht „verfügbar“ im Sinne einer Umverteilung durch den Staat, denn der Staat unterliege nicht seinem von ihm selbst ausgeübten fiskalischen oder gesetzlichen Zwang. Staatliches Sparen steige an, wenn der Staat anstelle seiner Konsumausgaben Investitionen tätigt, während bei den privaten Haushalten auch die Anschaffung dauerhafter Güter als Konsum gerechnet werde. Siehe hierzu auch Brümmerhoff, Finanzwissenschaft, 5. Aufl., Seite 27 ff.

<sup>14</sup> „The central framework is an integrated system. That is, the same concepts, definitions and classifications are applied to all accounts and sub-accounts.“ (SNA, Ziffer 2.3)

<sup>15</sup> In Einzelfällen können auch Gemeinden Sondervermögen haben: rechtlich unselbstständige Stiftungen, Gemeindegliedervermögen, Ortschaftsvermögen, rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Die Zusatzversorgungskassen von Bund, Ländern und Gemeinden rechnen als institutionelle Einheiten zum Sektor finanzielle Kapitalgesellschaften.

Die Definition der Einheiten des Staates ist fundamental für das Verständnis der Sektorabgrenzung. In der Praxis wird sie jedoch selten auf den Einzelfall, sondern eher auf bestimmte „Bereiche“ wie etwa die Forschungsinstitute oder die verselbständigten Hochschulen angewandt, wenn deren Verbleib beim VGR-Sektor Staat nach Veränderungen von Rahmenbedingungen wie denen ihrer Finanzierung oder ihrer Kontrolle zu überprüfen ist.

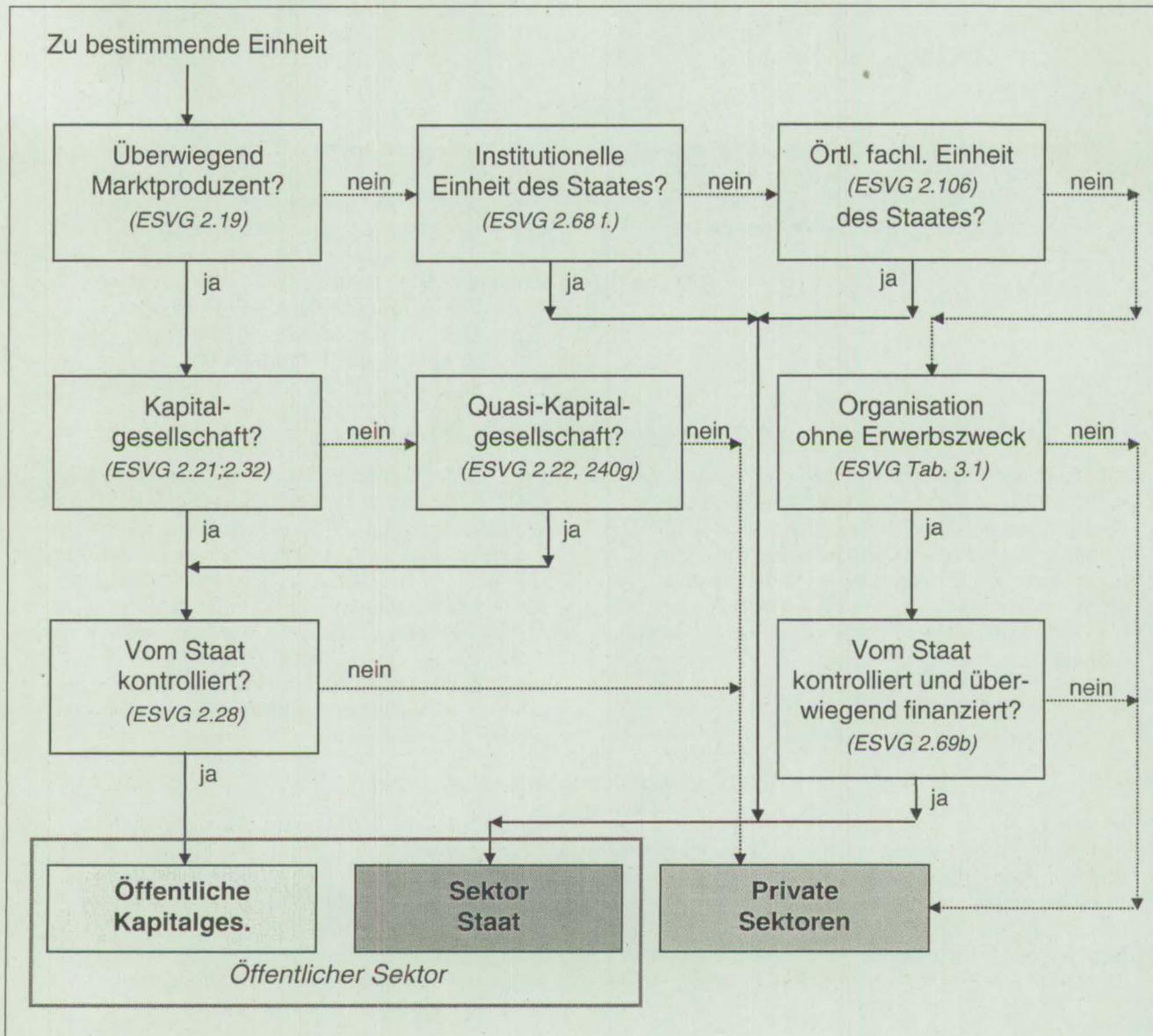
Das Schema (Abb.: 2 auf Seite 137) soll in der Anordnung von Ja-Nein-Verzweigungen einen Eindruck von den Kriterien des ESVG und ihrer Handhabung vermitteln, ohne allerdings den Anspruch zu erheben, damit alle Zweifelsfragen selbsterklärend zu beantworten. Der Begriff „private Sektoren“ ist in den deutschsprachigen VGR ungebrauchlich. Zu verstehen sind darunter private nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>16</sup>

Als Lesehilfe für das Schema seien drei Beispiele genannt:

- Eine private allgemein bildende Schule – überwiegend vom Staat finanziert, aber nicht auch kontrolliert – betreibt Nichtmarktproduktion für den Individualkonsum und rechnet als private Organisation ohne Erwerbszweck zu den privaten Sektoren, ist also weder institutionelle Einheit noch örtliche fachliche Einheit des Staates.
- Eine Anstalt öffentlichen Rechts, die – wie derzeit geplant – die Rechtsnachfolge der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein antritt, deren Aufgaben wahrnimmt und überwiegend aus Steuereinnahmen dieser beiden Länder finanziert wird, ist als Nichtmarktproduzent für den Kollektivkonsum eine institutionelle Einheit des Staates und rechnet zum Teilsektor „Länder“.
- Ein Landesmuseum, das als Sondervermögen rechtlich unselbstständig ist, aber ein eigenes, vollständiges Rechnungswesen hat, Entscheidungsfreiheit genießt (siehe hierzu ESVG 95, Ziffer 2.12) und sich überwiegend aus dem Verkauf von Eintritts- und Ansichtskarten finanziert, ist Marktproduzent, Quasi-Kapitalgesellschaft, vom Staat kontrolliert und rechnet zu den öffentlichen Kapitalgesellschaften, nicht jedoch zum Sektor Staat.

<sup>16</sup> Siehe hierzu auch SNA, Ziff. 19.43 ff., über (national) „private sectors“.

Abb. 2: Vereinfachtes Schema zur Bestimmung der Einheiten in den VGR



Die Materie „Staat“ ist insbesondere unter dem Aspekt der statistischen Einheiten schwer zugänglich, weil es im allgemeinen Sprachgebrauch eine verwirrende Vielzahl von institutionellen und funktionalen Erscheinungsformen gibt und die amtliche Statistik den Zielkonflikt zwischen der Präzision und Korrektheit der verwendeten Begriffe einerseits und ihrer konkreten Fassbarkeit und Verständlichkeit andererseits natürlich nur zu Gunsten der Korrektheit lösen kann. Den abstrakten Begriffen, die man mit dem „Staat“ assoziiert, lassen sich jeweils ausgewählte, konkrete Ausprägungen zuordnen. Die folgende Übersicht versucht, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die Vielfalt in drei Kategorien einzufangen, nämlich danach, ob die Institutionen und Funktionen hinter

diesen Begriffen den Regeln des ESGV entsprechend dem Sektor Staat oder wenigstens dem öffentlichen Sektor<sup>17</sup> zuzuordnen sind oder ob sie trotz gewisser Affinitäten zum Staat außerhalb des öffentlichen Sektors anzusiedeln sind. Die Begriffe in der Spalte „abstrakte Sprachebene“ sind keineswegs über-

<sup>17</sup> Den Begriff „öffentlicher Sektor“ gibt es im Gegensatz zum SNA („public sector“) im ESGV nicht explizit. Das ESGV spricht statt dessen von „öffentlichen Produzenten“. Diese öffentlichen Produzenten können marktbestimmt (Teilspektoren öffentliche Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften) oder sonstige nichtmarktbestimmte Produzenten (Sektor Staat) sein. Siehe hierzu Tabelle 3.1 im ESGV.

**Übersicht 1: Abstrakte Sprachebene und konkrete Ausprägung**

Abstrakte Sprachebene	Konkrete Ausprägung (Beispiele)
<b>VGR: Sektor Staat</b>	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger, Sondervermögen, Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts (teilweise), kommunale Zweckverbände, Regiebetriebe (Bruttobetriebe)	Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Bundesschuldenverwaltung, Ortskrankenkassen, Barmer Ersatzkasse, Ministerien, Schulbehörden, Schulen, Universitäten, Universitätsinstitute (staatliche Universitäten), Polizeistationen, Kasernen, Gerichte, Arbeitsämter, Sozialämter, statistische Ämter, Gefängnisse, Friedhofsverwaltungen, Zollämter, deutsche Botschaften im Ausland
<b>VGR: übriger „öffentlicher Sektor“</b>	
Öffentliche Wirtschaftsunternehmen, öffentliche nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften, öffentliche finanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften, Eigenbetriebe (Nettobetriebe), Versicherungssysteme staatlicher Arbeitgeber, Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts (teilweise)	Post, Bahn, Telekom, Treuhand, Seehafen Kiel GmbH, Deutsche Bundesbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landes- und Kreiskrankenhäuser, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (früher: Einfuhr- und Vorratsstellen), Staatsforsten (soweit Nettobetriebe), Norddeutscher Rundfunk, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Abfallwirtschaftsverband Ostholstein, Zusatzversorgungskasse des Bundes und der Länder, Museen (soweit Nettobetriebe), Schwimmbäder (soweit Nettobetriebe)
<b>VGR: private Sektoren oder Ausland</b>	
Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Nationale Parafisci, Internationale Organisationen und Parafisci, Vertretungen ausländischer Staaten, vom Staat finanzierte Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen mit einer Beteiligung des Staates am Stammkapital von 50 % und weniger, öffentliche Stiftungen <sup>18</sup>	Kirchen, politische Parteien, Gewerkschaften, Volkshochschulen, Technischer Überwachungsverein (TÜV), Industrie- und Handelskammern, Europäische Zentralbank, NATO, Vereinte Nationen, Europäische Union, ausländische Botschaften in Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kernforschungszentrum Jülich, Stiftung Preußischer Kulturbesitz

<sup>18</sup> Öffentliche Stiftungen besitzen in der Regel eigene Leitungsgremien und finanzieren sich nicht überwiegend aus Zwangsabgaben in Form staatlicher Zuwendungen. Diese Einrichtungen werden in der Regel den Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet. Siehe hierzu auch H. Essig (2000), S. 27

schneidungsfrei. Die Redundanzen deutlich zu machen ist nachgerade Absicht dieser Tabelle.

Die für diese Liste behauptete Affinität bestimmter Institutionen zum Staat speist sich daraus, dass sie

- von ihm eingerichtet wurden,
- und/oder von ihm finanziert werden,
- und/oder von ihm kontrolliert werden,
- und/oder von ihm ganz oder teilweise besessen werden,
- und/oder von ihm das Inkasso ihrer Einnahmen geleistet bekommen (Kirchen),
- und/oder von ihm ihre Existenz qua Zwangsgliederschaften garantiert bekommen (Kammern),
- und/oder, wie etwa der TÜV, parastaatliche Aufgaben wahrnehmen,
- und/oder, wie die Parteien, grundgesetzliche Funktionen ausüben,
- und/oder supranationale parastaatliche Einrichtungen sind.

## 6. Zum statistischen Abbildes des Staates in der Finanzstatistik

Das Wort Statistik leitet sich etymologisch bekanntlich aus dem Begriff Staat ab. Die Statistik bezieht ihren Namen daraus, dass sie in ihren Anfängen die Beschreibung des Staatswesens zur Aufgabe hatte. In früheren Jahrhunderten waren die Einnahmen und Ausgaben des Staates, seine Gold- und Silbervorräte oder seine Soldatenzahlen weitaus interessanter als Aufzeichnungen von der Art, die wir heute als Wirtschaftsstatistiken bezeichnen. Die empirische Beobachtung der Wirtschaft stand auch noch vor nur einigen Jahrzehnten ganz deutlich unter dem Primat staatlichen Handelns. Selbst die VGR verdanken ihre neuzeitlichen Anfänge Mitte vorigen Jahrhunderts weniger einem zweckfreien akademischen Interesse am Wirtschaftsgeschehen schlechthin, sondern handfesten Interessen staatlicher Rüstungsfinanzierung. Der Titel einer für die Genesis der VGR bedeutenden Schrift von Keynes aus dem Jahre 1940, „How to pay for the war“, macht dies sehr deutlich. Bis heute gibt es ein gewisses Nebeneinander der Wirtschaftsstatistiken im engeren Sinne, d. h. den Primärstatistiken des privatwirtschaftlichen Bereichs, und den ökonomisch relevanten Statistiken über die Staats- und Kommunal финанzen, über den Personalstand des öffentlichen Dienstes und über die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen.

Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Staates hatten in der Genese der Statistik also schon weit vor den VGR ihren festen Platz. Der Betrachtungsgegenstand der Finanzstatistik ist seit je her das weitgehend auch heute noch kameral verfasste öffentliche Haushaltswesen. Eine generelle oder abstrakte Definition des Staates fehlt bis heute. Sie schien wohl auch angesichts der stark rechtlich determinierten Materie für lange Zeit unnötig. Der Begriff „Staat“ wird in der Finanzstatistik – wenn überhaupt – anders benutzt als im kreislauftheoretischen Sinne der VGR. Mit ihm grenzen die Finanzstatistiker die „staatlichen Bereiche“, nämlich Bund und Länder, gegenüber den Kommunen ab. Üblich im finanzstatistischen Sprachgebrauch ist auch die Antinomie „Staatsfinanzen“ versus „Kommunalfinanzen“.

Auch das Denken in statistischen Einheiten ist der Finanzstatistik weitgehend wesensfremd. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Das öffentliche Haushaltswesen ist naturgemäß sehr stark rechtlich durchwirkt. Die Berichtspflichten zur Finanzstatistik sind in der Regel eindeutig bestimmt und müssen nicht erst rechtlich erzwungen werden. Auch der exakte regionale Bezug der von den Gebietskörperschaften gelieferten finanzstatistischen Daten ist unstrittig, er ist geradezu ein Wesensmerkmal der Finanzstatistik. Dass sich insbesondere die Frage, wie die Daten des Staates räumlich sauber zuzuordnen sind, in der Ver-

gangenheit kaum gestellt hat, ist vermutlich dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zuzuschreiben.<sup>19</sup> Die Finanzstatistiken werden in Deutschland selbstverständlich nach den ihnen zu Grunde liegenden Ebenen von Gebietskörperschaften getrennt aufbereitet und präsentiert. Die Regionalisierung der Ergebnisse ist damit quasi automatisch weitgehend gelöst, denn es darf mit Recht unterstellt werden, dass das finanzstatistische Ergebnis für die Gebietskörperschaft „Land Schleswig-Holstein“ ebenso wie das seiner Gemeinden auf das Land zwischen den Meeren beschränkt ist. Kein Finanzminister oder Kämmerer bezahlt schließlich freiwillig Leistungen, die gebietsfremden Einwohnern zugute kommen. Und wo sie es gezwungenermaßen dennoch tun (Finanzausgleich), gibt es durchaus zufrieden stellende Ergebnisse der Finanzstatistik.

Die Finanzstatistik befindet sich allerdings in einer schwierigen Übergangsphase. Die Kameralistik wird zunehmend durch die Doppik verdrängt. Damit geht die bereits angesprochene Ausgliederung ganzer Funktionenbündel aus den Kernhaushalten der Gebietskörperschaften einher. Diese Ausgliederungen sind allerdings kein Phänomen der letzten Jahre. Bund, Länder und Gemeinden haben stets in vielfältiger Weise davon Gebrauch gemacht, bestimmte wirtschaftliche Tätigkeiten entweder in

- Regiebetriebe (Beispiele: Müllabfuhr, Friedhofsgärtnereien, Bauhöfe, Wasserwerke, Museen, Theater, Schwimmbäder, soweit nicht als Eigenbetrieb oder als Unternehmen mit eigener Rechtsform ausgelagert),
- Eigenbetriebe (Beispiele wie bei Regiebetrieben und Unternehmen in eigener Rechtsform; im Unterschied zu den Regiebetrieben sind die Eigenbetriebe aber wirtschaftlich verselbstständigt, im Unterschied zu den Unternehmen sind sie rechtlich unselbstständig),
- Unternehmen mit eigener, meist privater Rechtsform (Beispiele: Energie- und Wasserversorgungs- oder Verkehrsunternehmen),
- Sondervermögen (Bund und Länder) oder
- rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts (Beispiele: Rundfunk- und Fernsehanstalten)

auszulagern. Während die Anstalten, die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und die Eigenbetriebe in den

<sup>19</sup> Auf ein allerdings gravierendes Problem der regionalen Zuordnung von staatlicher Tätigkeit sei hier nur am Rande hingewiesen. Die Regionalisierung der Transaktionen des Zentralstaates für Zwecke der VGR ist von Eurostat im vergangenen Jahrzehnt intensiv vorangetrieben worden. Über die Bemühungen zum Aufbau eines Regionalkontos Staat siehe Struck (1996).

öffentlichen Haushalten nur mit ihrem Zuschuss oder ihrem Verlust oder Gewinn, also „netto“ nachgewiesen sind, sind die Regiebetriebe mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben in den Kernhaushalten der Gebietskörperschaft, der sie gehören, enthalten. Die Regiebetriebe werden daher auch häufig Bruttobetriebe genannt, die Eigenbetriebe entsprechend Nettobetriebe.<sup>20</sup> Der Name „Eigenbetriebe“ ist eigentlich der der kommunalen Ebene. Für sie gibt es in jedem Flächenland Eigenbetriebsverordnungen. Auf der Länder- und auf der Bundesebene gibt es analoge Einheiten, dann allerdings rechtlich auf der Basis der Landeshaushaltsordnungen (LHO) oder der Bundeshaushaltsordnung. Man spricht daher auch von Landes- oder LHO-Betrieben oder von Bundesbetrieben. Typische Erscheinungsformen von Landesbetrieben sind Staatsforsten oder Weingüter. Ein bekannter Bundesbetrieb ist die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, weiteres Beispiel war – bis zu ihrer Privatisierung im November 2000 – die Bundesdruckerei.

Gegenüber dem Eigenbetrieb und dem Landesbetrieb stellen die Unternehmen in privater Rechtsform eine noch weitergehende Form der Verselbstständigung wirtschaftlicher Aktivität dar. Die Beteiligung des Staates an Unternehmen in privater Rechtsform kann natürlich auch unter 100 % liegen. Nur dann, wenn der Staat Beteiligungen an Kapitalgesellschaften erwirbt, die mehr als die Hälfte des stimmberechtigten Kapitals auf sich vereinigen<sup>21</sup>, reihen die Statistiker dieses Unternehmen in den Berichtskreis zur Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ein, zu dem auch die Sondervermögen des Bundes oder eines Landes und die bundes- oder landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank gehören. Sondervermögen sind rechtlich unselbstständige Teile des Bundes- oder eines Landesvermögens.

<sup>20</sup> In den Haushaltsordnungen wird konditional formuliert, dass ein Wirtschaftsplan aufzustellen sei, wenn ein Wirtschaften nach Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplans nicht zweckmäßig ist. Von diesem „Angebot“ wird in aller Regel Gebrauch gemacht. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen sind Eigenbetriebe auch mit allen Einnahmen und Ausgaben im kameralen Haushalt geführt.

<sup>21</sup> Zu der Frage, ob ein Wirtschaftsunternehmen auch dann ein öffentliches im Sinne der statistischen Berichtspflicht ist, wenn die Mehrheit des Kapitals zwar nicht von einem, wohl aber von mehreren staatlichen Einheiten gehalten wird, hat es gerichtliche Auseinandersetzungen gegeben. Das Finanz- und Personalstatistische Gesetz ist inzwischen dahingehend nachgebessert, dass Wirtschaftsunternehmen auch dann öffentlich sind, wenn weder Bund noch Land noch Gemeinde allein, sondern lediglich gemeinsam die Hälfte des Stammkapitals halten.

Auslagerungen aus den öffentlichen Haushalten können durchaus sinnvoll sein und müssen keineswegs von vornherein mit dem Stigma der „Haushaltstrickerei“ verhaftet sein. So macht es – unabhängig von Effizienzüberlegungen – Sinn, den Haushalt einer Kommune nicht mit sämtlichen Einnahmen und Ausgaben ihres Wasserwerks zu überfrachten. Auslagerungen aus den öffentlichen Haushalten sind insbesondere in den Bereichen Versorgung, Entsorgung und Verkehr seit Jahrzehnten üblich. Die Auslagerungen von Aktivitäten der Versorgung, der Entsorgung und des Verkehrs waren und sind für die deutsche VGR völlig unproblematisch, da unzweifelhaft Marktproduktion vorliegt, sie also außerhalb des Staates anzusiedeln sind. Gleiches galt und gilt in der Regel auch für die Eigenbetriebe, die LHO-Betriebe und die Bundesbetriebe. Die deutsche amtliche Statistik hatte dafür mit der so genannten „Bilanzstatistik“ auch eine spezifische Erhebung, die aber von der Gesetzesgrundlage her auf die genannten Bereiche Versorgung, Entsorgung und Verkehr eingeschränkt war und deren Erhebungsumfang deshalb 1993 als „Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ auf eine breitere Basis gestellt wurde.

Anlass für die Erweiterung des Erhebungsumfangs hatten die zu beobachtenden Strukturveränderungen der öffentlichen Gemeinwesen gegeben. Diese Veränderungen reichen mittlerweile von der „Ausgliederung“ und „Verselbstständigung“ von Behörden und Betrieben bis zur „unechten“ und „echten“ Privatisierung. In zeitlich paralleler Entwicklung wandelt sich die kameralistische Hauswirtschaft zu einem öffentlichen Finanzmanagement, das das betriebliche Rechnungswesen der Doppik nutzt. Ein weiteres, an Bedeutung gewinnendes Gestaltungsmittel der Politik sind Kooperationen mit der Privatwirtschaft in „Public Private Partnerships“. Die Entwicklung, dass sich der Kreis der Einnahmen und der Ausgaben, die noch dem Etatbewilligungsrecht der Parlamente unterliegen, zunehmend verengt, wird sehr plastisch mit dem Begriff der „Budgetflucht“ unterlegt. Soweit hier weiter staatliche Aufgaben gesehen werden, wird sie mit Verweis auf die Haushaltsgrundsätze der Vollständigkeit und der sachlichen sowie zeitlichen Spezialität (Art. 110 Grundgesetz) kritisiert. Die Ausgliederungen finden in Privatisierungsdiskussionen und in Konzepten der Verwaltungsmodernisierung („Neue Steuerungsmodelle“) ihren theoretischen Niederschlag. So solle der Staat sich auf solche Aufgaben beschränken, die nur er allein oder die er besser erfüllen kann als andere Träger. Dezentrale „Konzernstrukturen“ sollten Linienhierarchien ersetzen, und die hierarchische Steuerung und Lenkung solle durch weitgehende Verselbstständigung und Eigenverantwortung ersetzt werden.

Die deutsche Finanzstatistik hat die Aufgabe, die einzelnen Teile der weitgehend selbstständigen Haus-

haushaltswirtschaft aller Ebenen der öffentlichen Verwaltung zu erfassen und zu einem konsistenten Gesamtbild der öffentlichen Finanzen (öffentlicher Gesamthaushalt) zusammenzuführen. Für die Einrichtungen, die nach dem ESVG 95 dem Sektor Staat zuzurechnen sind, ist die statistische Reintegration der Finanzen zwingend (Rehm, 2001). Es hat sich eine Art Subsystem amtlicher Statistiken herausgebildet, das die kamerale Haushaltswirtschaft weiterhin statistisch zusammenhält und in dem Berichtspflichten legal und detailliert beschrieben sind. Zu diesem „Subsystem amtlicher Statistiken“ kann man neben den Finanzstatistiken auch die Personalstandstatistiken und die Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen rechnen.

Die statistische Reintegration der ausgelagerten Einheiten hat – auch wenn dies nicht ihr Hauptziel war – dazu beigetragen, dass sich die Mikro-Makro-Lücke zwischen Finanzstatistiken und VGR verkleinert. Die finanzstatistischen Aggregate divergierten schon vor den beschriebenen neueren Erscheinungsformen der „Budgetflucht“ definitorisch von denen der VGR. Sie divergieren aber auch nach der jüngsten Revision der VGR:

- In der VGR werden nicht nur die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, sondern auch die Eigenbetriebe der Gemeinden, die Landes- und die Bundesbetriebe und weitere so genannten „Quasikapitalgesellschaften“ (ESVG 95, Ziffer 2.13 f.) nicht zum Staat, sondern zu den Kapitalgesellschaften gerechnet.
- In der VGR bedient man sich der doppelten Buchführung und erfasst damit, wie im kaufmännischen Rechnungswesen auch, diverse kalkulatorische Kosten. Die Finanzstatistik dagegen ist – noch – kameral ausgerichtet, erfasst nur die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben.
- Die Finanzstatistik erfasst die Einnahmen und Ausgaben zum Zeitpunkt des Inkassos oder des Exkassos („cash basis“), die VGR bucht nach der ökonomischen Wirksamkeit („accrual basis“), verlagert also bestimmte Einnahmen und Ausgaben auf der Zeitachse. So werden Bauinvestitionen in den VGR nach dem Baufortschritt und in der Finanzstatistik nach dem Stand der Zahlungen nachgewiesen. Steuern werden gegenüber der Finanzstatistik phasenverschoben dargestellt.
- Die VGR klassifiziert einige Transaktionen anders als die Finanzstatistiken. So werden zum Beispiel einige Verwaltungsgebühren als Verkäufe von Dienstleistungen, einige dagegen als Steuereinnahme gebucht. Einige Käufe des Staates gelten in der VGR als Arbeitnehmereinkommen.
- Die VGR bucht die Behandlung der rein finanziellen Transaktionen wie etwa die Schuldaufnahme oder

deren Tilgung nur in der Finanzierungs- und nicht auch in der laufenden Rechnung. Diese Transaktionen in die finanziellen Aktiva und Passiva berühren als Aktivtausch, Passivtausch oder Bilanzverlängerung oder -verkürzung die Höhe des Finanzierungssaldos nicht.

- Als finanzielle Transaktionen (Kapitaleinlage) gelten in der VGR auch die Investitionszuschüsse an öffentliche Quasikapitalgesellschaften. Nur die übrigen Investitionszuschüsse gehen in den Finanzierungssaldo laut VGR ein.

Die Unterschiede zwischen finanzstatistischer und VGR-Darstellung des Staates haben u. a. zur Konsequenz, dass der Finanzierungssaldo laut Finanzstatistik von dem der VGR deutlich abweichen kann. Das Maastricht-Kriterium zur Bemessung des zulässigen staatlichen Defizits bedient sich, wie bereits weiter oben herausgestellt, des Finanzierungssaldos der VGR.<sup>22</sup> Dies heißt aber keineswegs, dass der Finanzierungssaldo laut Finanzstatistik analytisch obsolet wäre. Das Haushaltsrecht fordert, dass zum Gesamtplan eines Haushalts auch die Berechnung des Finanzierungssaldos gehört, dessen Abgrenzung die Finanzstatistik Rechnung trägt. Sie hat nicht nur die Funktion, statistische Basis für die Gesamtrechnungen zu sein, sondern liefert die Daten für die horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs- und Verteilungssysteme der öffentlichen Haushalte in Deutschland.

## 7. Budgetflucht: Wo liegt das Problem für die Statistik?

Die amtliche Statistik kennt viele Phänomene, die methodisch-konzeptionelle oder klassifikatorische Probleme aufwerfen. Das der „Budgetflucht“ lässt sich noch nicht einmal statistisch beobachten und damit

<sup>22</sup> Streng genommen muss zwischen dreierlei Finanzierungssalden unterschieden werden, nämlich zwischen dem laut Finanzstatistik, dem laut VGR und dem laut dem Verfahren zur Feststellung eines übermäßigen Defizits. Mit der so genannten Swap-Verordnung, der Verordnung (EG) Nr. 2558/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf die Neuordnung von Ausgleichszahlungen auf Grund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements (OJ L 344/1), ist nämlich das ESVG 1995 in dem Sinne geändert worden, dass die Nettoerträge aus Swapgeschäften und aus Forward Rate Agreements nicht mehr als Vermögenseinkommen gerechnet, sondern nur noch in der Finanzierungsrechnung erfasst werden sollen. Mit gleicher Verordnung ist aber bestimmt worden, dass für die Berechnung des Finanzierungssaldos des Staates nach „Maastricht“ dessen Erträge aus Swapgeschäften und aus Forward Rate Agreements nach wie vor einzuschließen seien.

quantifizieren.<sup>23</sup> Über den Umfang der Ausgliederungen aus den Kernhaushalten könne, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2002, nur spekuliert werden. Ein Indiz für ihre zunehmende Bedeutung könne sein, dass die Gebühreneinnahmen der Gemeinden in den Jahren zwischen 1994 und 2001 17% rückläufig waren, nachdem sie zu Beginn der 90er Jahre um fast 5 % pro Jahr gestiegen waren. Es sei wenig wahrscheinlich, dass dies einer Gebührensenkung auf breiter Front zuzuschreiben sei. Wenn über die Bedeutung der Auslagerungen nur spekuliert wird, bleibt außer Acht, dass es mit der Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bereits eine laufende Erhebung zum Sachverhalt gibt. Allerdings befindet sich diese Statistik im Umbruch und im Aufbau – darauf ist noch einzugehen.

Problematisch an der aktuellen Wellé der Auslagerungen und Verselbstständigungen öffentlicher Produktion sind für die Statistik diejenigen,

- bei denen es sich lediglich um Hilfstätigkeiten handelt oder handeln könnte,
- bei denen es sich um die Produktion von nicht marktbestimmten Dienstleistungen handelt, die lange Zeit zu den Kernaufgaben des Staates rechneten, oder
- bei denen der Staat mit privaten Unternehmen Kooperationen eingeht.

Auf diese drei Varianten soll der Reihe nach eingegangen werden.

Als Hilfstätigkeiten bezeichnet das ESVG (Ziffer 3. 12 f.) unterstützende Tätigkeit, die innerhalb einer produzierenden Einheit verrichtet wird. Die von Hilfstätigkeiten erbrachten Leistungen gehen typischerweise als Inputs in fast alle Arten von Produktionstätigkeiten ein. Als Beispiele nennt das ESVG u. a. Ankauf, Verkauf, Buchführung und Datenverarbeitung. Für Zwecke der Gesamtrechnungen werden die Hilfstätigkeiten in die Haupttätigkeiten einbezogen, denen sie dienen. Infolgedessen wird das Produktionsergebnis noch als Vorleistung der Haupttätigkeit eigenständig als Transaktion erfasst. Materialverbrauch, Arbeitskosten, Abschreibungen usw. werden stattdessen als Kosten der durch die Hilfstätigkeit unterstützten Haupttätigkeit gebucht. Statistische Einheiten, die Hilfstätigkeiten ausüben, sind damit in der Welt der Gesamtrechnungen nicht existent. Das SNA (Ziffer 4.43) wird hier deutlicher als das ESVG und stellt dies explizit auch für den Fall heraus, dass die Hilfstätig-

keiten in einer rechtlich selbstständigen Einheit („ancillary corporation“) ausgeübt werden.<sup>24</sup>

Die folgenden drei Beispiele mögen stellvertretend für solche Ausgliederungen von Hilfstätigkeiten ehemaliger Bau- oder Beschaffungsverwaltungen stehen, zugleich auch für die Varietät der gewählten Auslagerungsformen. Das erste Beispiel ist das eines privatrechtlich verfassten Unternehmens, das zweite ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und das dritte ein Landessondervermögen.

- „GEBB“: Die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb wurde als privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform 2000 gegründet. Als Geschäftsfelder werden u. a. Liegenschaften, Bekleidung, Flottenmanagement und IT angegeben.<sup>25</sup>
- Gebäudemanagement Schleswig-Holstein: Die Anstalt öffentlichen Rechts hat den gesetzlichen Auftrag, den Bedarf des Landes an Verwaltungsgebäuden und Immobilien durch Anpachten, Anmieten und anschließender mietweiser Überlassung zu koordinieren und zu decken; dazu nimmt sie Aufgaben der Bewirtschaftung (Boten- und Pförtnerdienste, Druckereidienste, Telefonvermittlungsdienste u. a. m.) und der zentralen Beschaffung wahr.<sup>26</sup>
- Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen: Es erfüllt für das Land die Eigentümerfunktion, d. h. es betreibt den Ankauf, die Finanzierung, die wirtschaftliche Verwaltung, die Entwicklung und den Verkauf von Grundstücken. Das Sondervermögen hat keine eigene Rechtspersönlichkeit.<sup>27</sup> Das für die Gesamtrechnung Schwierige ist, dass zu den Liegenschaften auch die der staatlichen Krankenhäuser und anderer staatlicher Einrichtungen gehören, die in der VGR als Marktproduzenten und als Quasikapitalgesellschaften nicht zum Sektor Staat rechnen. Damit ist der Weg, das Sondervermögen als Hilfgesellschaft des Staates zu behandeln, d. h. die Buchungen zu konsolidieren, verbaut oder zumindest erschwert.

Auch für andere Länder gibt es derartige Auslagerungen. Mit der Immobilienverwaltung und der Beschaffung ist zum Teil auch die Übertragung von Vermögen verbunden. Es gibt diverse Modelle, nach denen die Immobiliennutzung vonstatten geht. Auch der Bund plant derzeit mit dem Projekt „NIMBUS“ die Neuordnung seines Immobilienmanagements. Die Verwal-

<sup>23</sup> Streng genommen ist die „Budgetflucht“ nicht grundsätzlich unbeobachtbar. Sie ist lediglich nicht bei allen Elementen der Population erfassbar. Siehe hierzu auch Richter (2002), S. 11.

<sup>24</sup> Zum Sinn und Zweck dieser Regel siehe SNA 1993, Ziffer 5.13 ff.

<sup>25</sup> [www.gebb-mbh.de](http://www.gebb-mbh.de)

<sup>26</sup> [www.gmsh.de](http://www.gmsh.de)

<sup>27</sup> [www.blb.nrw.de/blb.htm](http://www.blb.nrw.de/blb.htm)



an denen er beteiligt ist. Den höheren Vorleistungen des Staates stehen niedrigere Abschreibungen (- 10), niedrigere Personalausgaben (- 4) und damit eine um 14 niedrigere Bruttowertschöpfung gegenüber. Die Konsumausgaben des Staates bleiben gleich.

- Wenn die Immobiliengesellschaft auch Leistungen für Dritte am Markt anbietet, ist ein fiktives Zerlegen der Gesellschaft in Hilfgesellschaft (Fall a) und Marktaktivität (Fall b) vor dem Hintergrund denkbar, dass man die mit der Ausgliederung verbundenen Umbuchungen beim Kapitalstock scheut und die Darstellung des Sektors Staat frei von Berechnungs- und Darstellungsdiskontinuitäten halten möchte. Dann allerdings müssen die Konsolidierungen innerhalb des Sektors Staat auch empirisch abgesichert und die Marktaktivitäten separat als Quasikapitalgesellschaft dargestellt werden können.

In der Sektoreuzuordnung der statistischen Einheiten sollten in den statistischen Ämtern die VGR das entscheidende Wort haben. Dies ist in Deutschland der Fall, bedeutet aber hohen Aufwand bis in die Entscheidung von Einzelfällen hinein. Das ist nicht immer leicht und unumstritten möglich, wie sich im Falle der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) Österreich zeigt. Die Expertenmeinungen zu der Eurostat-Entscheidung fielen keineswegs einhellig aus, bei der BIG handele es sich um eine institutionelle Einheit und sei dem Sektor Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zuzurechnen.<sup>29</sup>

Es sind aber keineswegs nur die Tätigkeiten der Liegenschafts- und Beschaffungsverwaltungen, die für Auslagerungen von Hilfstätigkeiten präferiert werden. „Der Spiegel“ (Heft 27/2003, S. 64) berichtete über Überlegungen der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung (HGV) zur Nutzung von Steuerschlupflöchern. Zur Umgehung der geplanten Abschaffung der so genannten Mehrmütterorgangesellschaft müsse sich die HGV, so ihr Manager, nur eine neue Beteiligungsstruktur zulegen und ein paar Verträge aufsetzen. Dies klinge kompliziert, sei es aber nicht. In diesem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Tricks mit Imbissbude“ wurde erwähnt, die HGV sei ein mehrheitlich staatliches Unternehmen, dem 51 % des Hamburger Flughafens gehören. Es ist leicht vorstellbar, dass die gesamtwirtschaftliche Darstellung staatlicher Aktiva – finanzieller wie nichtfinanzieller Art – höchst volatil und kaum noch interpretierbar wird, wenn Augenblicksentscheidungen über Beteiligungsstrukturen bei der Statistik nicht oder erst sehr verspätet ankommen. Die HGV ist eine Beteiligungsgesellschaft mbH der Freien und Hansestadt Hamburgs, die ihre Beteiligungen im Internet offen darlegt. Selbst dann, wenn man zu dem

Schluss käme, die HGV übe lediglich Hilfstätigkeiten für die Freie und Hansestadt Hamburg aus, stünde ihrem Verbleib beim Sektor Staat entgegen, dass nach dem ESVG (Ziffer 2.23) Beteiligungsgesellschaften den Kapitalgesellschaften zuzurechnen seien, wenn die durch die Holding kontrollierten Unternehmen überwiegend Marktproduzenten sind. Das dürfte bei der HGV der Fall sein. Das ESVG (Ziffer 2.69a) bestimmt außerdem, dass öffentliche Produzenten in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften nicht zum Sektor Staat rechnen.

Die zweite genannte Form von Auslagerungen betrifft nicht die Hilfs-, sondern die Haupttätigkeiten des Staates, also bestimmte Teile aus der Palette der „öffentlichen Dienste“. Den Anfang machten Ende der 70er bis etwa Mitte der 80er Jahre die Krankenhäuser der Länder, Städte, Kreise und Gemeinden mit der Umstellung auf die kaufmännische Buchungsweise. Viele davon sind inzwischen nicht nur budgetiert, sondern auch rechtlich verselbstständigt. Bei ihnen überwiegt deutlich die Marktproduktion, auch wenn ihre Hauptkunden, die gesetzlichen Krankenversicherungsträger, selbst Teil des Staates sind. Die Einordnung der Krankenhäuser in den Sektor der Nichtfinanziellen (Quasi-) Kapitalgesellschaften ist ebenso unstrittig wie unproblematisch.

Einen Sonderfall stellen die Hochschulen dar. Von ihnen sind bereits in den 90er Jahren einige wirtschaftlich verselbstständigt worden. Sind deren Drittmitteleinnahmen aus Studiengebühren, aus Gutachtertätigkeiten, aus Forschungsaufträgen usw. – also aus Marktproduktion – ausreichend<sup>30</sup>, sind diese Hochschulen als Marktproduzenten und damit als Quasikapitalgesellschaften dem Sektor der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zuzurechnen? Diese Frage war in aller Regel zu verneinen. Wären die ausgelagerten Hochschulen aber als Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit anzusehen, müsste zusätzlich geprüft werden, ob sie weiterhin vom Staat kontrolliert werden und ihre Hauptmittel – außer aus Verkaufserlösen – aus Zuwendungen von öffentlichen Körperschaften beziehen. Das wäre in der Regel zu bejahen, d. h. auch diese Einheiten blieben beim Sektor Staat, wobei die Antwort auf die Frage der staatlichen Kontrolle sich nicht an Aspekten der Hochschulautonomie ausrichtet, sondern an den Kriterien des ESVG.<sup>31</sup>

<sup>30</sup> Das ESVG (Ziffer 3.32) wendet ein 50 %-Kriterium an: Deckt eine institutionelle Einheit mehr als 50 % der Produktionskosten durch Umsätze, so ist sie ein Marktproduzent.

<sup>31</sup> „Kontrolle wird definiert als die Fähigkeit, die allgemeine (Unternehmens-) Politik oder das allgemeine Programm einer institutionellen Einheit zu bestimmen, erforderlichenfalls durch Einsetzung geeigneter Direktoren oder Manager.“ (ESVG 1995, Ziffer 3.28)

<sup>29</sup> Siehe hierzu im Einzelnen Eurostat (2002a)

Mittlerweile werden auch Kindergärten, Jugendhilfeeinrichtungen, Eichverwaltungen und sogar Statistische Landesämter ausgegliedert. Kernfrage ist neben den für die Hochschulen beschriebenen Prüfungen immer: Ist das, was der Staat in seinem Kernhaushalt als Nettzahlung an diese Einheit nachweist, ein Kauf von Dienstleistungen, eine Transferzahlung zum Verlustausgleich – in der VGR als sonstige Gütersubvention zu buchen – oder eine Kapitaleinlage, d. h. der Erwerb eines finanziellen Aktivums?

Die dritte Form der Ausgliederung staatlicher Aktivitäten aus den Kernhaushalten stellen die Public Private Partnerships (PPP) dar. Hier geht es um Kooperation zwischen dem Staat und privaten Partnern. Diese ist allerdings vielfältig und daher schwer zu definieren. Jedenfalls fungiert PPP als sektorenverschränkendes Arrangement öffentlicher Aufgabenerfüllung, bei dem weder die an der Kooperation beteiligten nichtstaatlichen Akteure zu etatisieren noch die staatlichen Akteure zu privatisieren sind. Die klare Trennung von Markt und Staat, von staatlichem und privatem Sektor werde aufgehoben. Gegenstandsbeispiele seien u. a. Städtebau und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Infrastrukturentwicklung, Umweltschutz, Kulturangebot, Fremdenverkehr oder Forschung und Entwicklung (Schuppert). Bekannt geworden sind insbesondere Projekte der privatwirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Bauvorhaben, ebenso Vorhaben der Länder Hessen und Mecklenburg-Vorpommern zum Bau privat betriebener Haftanstalten. Bei Rostock gibt es seit 1996 eine Justizvollzugsanstalt, bei der Privatfirmen geplant, finanziert und gebaut haben und nun für 30 Jahre vom Land Mecklenburg-Vorpommern Leasinggebühren kassieren, bevor der Bau dann in Landeseigentum übergeht.<sup>32</sup> Hessen geht noch einen Schritt weiter und beabsichtigt, auch den Betrieb einer Haftanstalt in die Hände von Privatfirmen zu legen, soweit dies rechtlich zulässig ist.<sup>33</sup>

Welche Probleme ergeben sich aus PPP für die VGR? Ihre rechtliche und institutionelle Ausgestaltung ist so beschaffen, dass sie von den Basisstatistiken als solche, zum Beispiel als BGB-Gesellschaften, überhaupt nur schwer wahrgenommen werden. Ferner sehen viele der Kooperationsverträge zur Realisierung öffentlicher Bauvorhaben vor, dass – wie im geschilderten Beispiel der Haftanstalt bei Rostock – der private Kooperationspartner zunächst Eigentümer ist und für die Nutzung ein staatliches Entgelt bekommt, später aber das Eigentum an seinen staatlichen Kooperationspartner abtritt. Es ist leicht vorstellbar, welche Probleme die in der Schwebe befind-

lichen Eigentumsverhältnisse für die gesamtwirtschaftliche Kapitalstockrechnung, für die Abschreibungen und für den Kollektivkonsum aufwerfen.

Die Ausgliederungsprozesse finden nicht in allen Bundesländern gleichermaßen und gleich intensiv statt. Sie müssen laufend sorgsam beobachtet und registriert werden, damit es in den Basisstatistiken nicht zu Untererfassungen oder Doppelzählungen kommt. Mit der Fehleranfälligkeit der Basisstatistiken steigt auch der Abstimmungs- und Abstimmaufwand für die Gesamtrechnungen und zwischen den Gesamtrechnungen (VGR und Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder). Letztlich ist dies auch ein Kostenfaktor für die Produktion der relevanten Statistiken und der Gesamtrechnungen.

Was noch zum Sektor Staat rechnet und was nicht, ist dem Nutzer der VGR schon in der „Realität“, für die die Statistik ein adäquates Abbild liefern soll, zunehmend unklar. Auch das statistische Ergebnis ist nur mit hohem Erläuterungsaufwand zu vermitteln. Das Adäquationsproblem verschärft sich. Die Metadaten, d. h. die erklärenden Schlüssel zur adäquaten Datennutzung und die Methodenbeschreibungen, sind auszubauen. Sie müssen nicht nur mehr sein als die Beschreibung der numerischen Daten und ihrer Eigenschaften, sondern u. a. auch Angaben über die statistischen Einheiten enthalten.<sup>34</sup>

## 8. Was macht die amtliche Statistik zur Verbesserung der Adäquation?

Die in diesem Aufsatz dargestellten Schwierigkeiten der Statistik mit der Wahrnehmung der Veränderungen der institutionellen Kulisse staatlicher Transaktionen werfen natürlich die Frage auf, was denn von ihr unternommen worden ist, diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Hierzu soll zunächst auf internationale und dann auf nationale Maßnahmen eingegangen werden.

Unter den internationalen Aktivitäten ist besonders das Manual des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Harmonisierung der Finanzstatistiken herauszuheben. Das Manual der Government Finance Statistics (GFS) dient – was in diesem Zusammenhang nachrangig ist – der internationalen Harmonisierung, aber auch der Entwicklung von definitorischen Brücken zu den VGR. Das Manual des IWF ist in der jetzt vorliegenden Fassung (2001) weitgehend, aber noch nicht völlig (siehe hierzu Appendix 3) auf das SNA 1993 abgestimmt. Ein elementarer Punkt ist die Empfehlung von IWF-Manual und SNA, das Accrual-Prinzip anzuwenden. Deutschland wird ab dem Jahre

<sup>32</sup> Deutschlandfunk, Hintergrund Politik, Manuskript vom 27.11.1999, Internet

<sup>33</sup> Berliner Zeitung vom 14.4.2001, Textarchiv, Internet

<sup>34</sup> Siehe hierzu auch Richter (2002), S. 295.

2003 die Datenlieferung an den IWF in dieser Form aufnehmen, wobei es aber wie die anderen Mitgliedstaaten der EU seine finanzstatistischen Daten nach dem ESVG 1995 liefern wird, d. h. ohne Berücksichtigung der nach wie vor konzeptuellen Unterschiede zum IWF-Manual wie zum Beispiel in Konsolidierungsfragen.

Die Vereinten Nationen arbeiten an einem Handbuch mit Empfehlungen für statistische Standards zur Behandlung der Organisationen ohne Erwerbszweck im SNA, um die Datenlage zu diesem in den Gesamtrechnungen noch wenig beachteten Sektor zu verbessern. Dort wird zur Klarstellung u. a. auf die Abgrenzung der Sektoren Organisationen ohne Erwerbszweck und Staat eingegangen.

Auf der europäischen Ebene sind die Grundsatzentscheidungen von Eurostat von besonderer Bedeutung. Die Einführung des ESVG 1995 fiel zeitlich in die Vorbereitungsphase zur Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Mitgliedstaaten der EU nahmen mit Blick auf die Maastricht-Kriterien einige besondere Transaktionen vor, die Zweifelsfragen zu deren Bewertung in den VGR aufwarfen. Die Tabelle listet die Eurostat-Entscheidungen auf, bei denen der Sektor Staat mit seinen Transaktionen Gegenstand der Zweifelsfälle war. Die stichwortartigen Hinweise auf die Inhalte der Entscheidungen sind wortgetreu die der Quelle (Eurostat-News). Die Wirkung dieser Entscheidungen auf die Sektorendarstellung des Staates in den Gesamtrechnungen lässt sich damit nur andeuten.

### Eurostat-Entscheidungen zu Grenzfällen der Einordnung staatlicher Aktivitäten

Datum	Inhalt (stichwortartig)
3. Febr. 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kapitalisierte Zinsen auf Einlagen und andere im ESVG 79 aufgeführte Finanzierungsinstrumente</li> <li>• Verbuchung von festverzinslichen Wertpapieren, die in mehreren Tranchen aufgelegt werden</li> <li>• Zins- und Währungsswaps</li> <li>• Goldverkäufe von Zentralbanken</li> <li>• Finanzierungsleasing</li> <li>• Klassifizierung der für die EG tätig werdenden nationalen Stellen (zum Beispiel EAGFL)</li> <li>• Pensionsfonds</li> </ul>
21. Febr. 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbuchung bestimmter Steuern</li> <li>• Staatsgarantien für Schulden von Staatsunternehmen</li> <li>• Finanzierung und Betrieb „öffentlicher Infrastruktur“ durch den Unternehmenssektor.</li> </ul>
26. März 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Behandlung der mit einem Disagio begebenen Wertpapiere und der indexgebundenen Wertpapiere</li> <li>• Finanzierung und Betrieb „öffentlicher Infrastruktur“ durch den Unternehmenssektor.</li> </ul>
30. April 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Behandlung von Schuldverschreibungen, deren Emission sich über die gesamte Laufzeit erstreckt,</li> <li>• Finanzierung und der Betrieb „öffentlicher Infrastruktur“ durch den Unternehmenssektor,</li> <li>• Behandlung von Exportversicherungen mit Staatsgarantien.</li> </ul>
17. Dez. 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausschüttungen der Zentralbank an den Staat</li> <li>• Änderungen der Fälligkeitstermine für Steuern, Löhne und Gehälter, Sozialbeiträge und Sozialleistungen.</li> </ul>
27. Jan. 1998	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Payment to the State following the sale of monetary gold by Ufficio Italiano dei Cambi (UIC) to Banca d'Italia</li> </ul>
14. Juli 2000	<ul style="list-style-type: none"> <li>• statistische Behandlung der Vergabe von Mobilfunklizenzen</li> </ul>
31. Jan. 2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbuchung von Vermögensübertragung von Immobilien auf ein staatliches Unternehmen in Österreich</li> </ul>
3. Juli 2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbriefung von Verbindlichkeiten in Form von Wertpapieren durch den Staat</li> </ul>
22. Juli 2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbuchung von nicht zurückgegebenen Banknoten und Münzen im Kontext des Übergangs zum Euro Bargeld</li> </ul>
21. August 2003	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kapitalzuführungen des Staates an öffentliche Kapitalgesellschaften</li> <li>• Liquidation des EFTA Industrieentwicklungsfonds für Portugal</li> </ul>

Quelle: Eurostat-News, Internet

Bei den Eurostat-Entscheidungen ging es nicht nur um die Sektorabgrenzung der Transaktoren, sondern auch um die sektorale Zuordnung einzelner Transaktionen. So entschied Eurostat im März 1997, dass der Bau der Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden als Investition des privaten Konsortiums, das die Brücke gebaut und mit Hilfe staatlicher Bürgschaften finanziert hat und für die Benutzung Mautgebühren kassiert, zu buchen sei und nicht als Investition des Staates, dem das Eigentum vereinbarungsgemäß im Jahre 2026 zufallen soll. In anderen Fällen ging es darum, ob die fragliche Transaktion eine nichtfinanzielle oder eine finanzielle sei. Eurostat entschied zum Beispiel 1998, dass damalige Gewinnabführungen italienischer Staatsbanken aus Goldverkäufen als finanzielle Transaktion – hier als Aktivtausch – zu werten seien. Dies bedeutete, dass sich die Erlöse aus den Goldverkäufen im Finanzierungssaldo des italienischen Staates nicht positiv niederschlugen, sondern neutral wirkten. Im Jahre 2000 entschied Eurostat, dass die Erlöse aus den Versteigerungen der Mobilfunklizenzen als Verkauf eines immateriellen nichtproduzierten Vermögensgutes zu buchen seien, und zwar in voller Höhe zum Zeitpunkt der Lizenzvergabe. In Deutschland verbesserten die Einnahmen des Bundes aus der Vergabe der UMTS-Lizenzen im Jahre 2001 den Finanzierungssaldo des Staates erheblich.

Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, das in Artikel 104 des Vertrages von Maastricht festgelegt ist und in der EU seit 1994 angewandt wird, war Anlass für ein Handbuch zum ESGV 1995 speziell mit Fragen zum Defizit und Schuldenstand des Staates. Es geht u. a. auf Kriterien für die Zuordnung zum Sektor Staat, auf spezifische Einheiten, auf öffentliche Holdinggesellschaften, auf die Vergabe von Mobilfunklizenzen, auf Vereinbarungen zum Sale & Leaseback ein. Das Handbuch wird als ein Beitrag zum oben angesprochenen IWF-Manual zum Thema „Government Finance Statistics“ gesehen; es behandelt den Staat nicht nur intensiver und detaillierter als das ESGV 1995 selbst, sondern liefert auch anschauliche Fallbeispiele.

Darüber hinaus gibt es auf der europäischen Ebene in diversen Arbeitsgruppen eine intensive Methodendiskussion zu Fragen der statistischen Einheiten. In Deutschland haben die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Arbeitsgruppe „Statistische Einheiten“ eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat sich bisher mit einer eindeutigen und klaren Abgrenzung und operationalen Anwendung eines statistischen Unternehmensbegriffes befasst. Eine Unterarbeitsgruppe mit Mitgliedern aus den relevanten Fachstatistiken, aus den Querschnittsbereichen wie zum Beispiel dem Unternehmensregister und aus den VGR setzt sich mit den Einheiten des Staates auseinander. Außerdem ist das Thema „statistische Einheiten“ wegen seiner auch praktischen Bedeutung inzwi-

schen in das Seminarprogramm der gemeinsamen Fortbildungsmaßnahmen der statistischen Ämter aufgenommen worden.

Von weitaus größerer Bedeutung für die Verbesserung der Situation sind, was die nationale Ebene anbetrifft, die bereits realisierten und die in Aussicht stehenden substanziellen Verbesserungen beim oben angesprochenen Subsystem der Finanzstatistiken. Hier ist insbesondere der weitere Ausbau der Datei der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zu nennen. Diese Datei enthält alle Berichtseinheiten zu den Statistiken des Personalstandes, der Finanzen und der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, nicht jedoch die – potenziellen – Darstellungseinheiten, d. h. die Dienststellen. In der Sprache des ESGV handelt es sich um eine Datei nur der institutionellen Einheiten. Zu den vorgesehenen Nachbesserungen im System der Erhebungen gehört, dass nach der jetzt anstehenden Novellierung des Finanz- und Personalstatistischen Gesetzes laufende Befragungen zum zeitnahen Update dieser Datei beitragen sollen. Beabsichtigt ist, die Ausgliederungen aus den Kernhaushalten regelmäßig bei der Durchführung der vierteljährlichen Kassenstatistik abzufragen.

Die zukünftige Rolle der Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen und der Datei gleichen Namens für die VGR sei am bereits genannten Beispiel des „Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt öffentlichen Rechts“ (AÖR) verdeutlicht, die ab 2004 die Rechtsnachfolge der Statistischen Landesämter beider Länder antreten soll. Ab 2004 werden die Personalausgaben, Vorleistungen usw. dieser neuen Statistikbehörde nicht mehr der Länderfinanzstatistik und die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr der Personalstandstatistik für den unmittelbaren Landesdienst zu entnehmen sein. Die AÖR gehört dann zum Berichtskreis der Statistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen für Hamburg. Sie wird die Funktionskennziffer „014 Amtliche Statistik“ und die WZ 75 „öffentliche Verwaltung“ haben und wie die beiden Statistischen Landesämter, deren Rechtsnachfolge sie antritt, zum Sektor Staat gehören. Für Zwecke der Erwerbstätigen-, der Entstehungs- wie auch der Verwendungsrechnung sind die Daten dieser Einheit denen der Länderfinanzen und des Personalstandes zuzuschlagen. Dies kommt einer „Konsolidierung“ gleich und impliziert, dass die Zahlungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein an die AÖR zu deren Refinanzierung – Zuweisungen für laufende Zwecke und für Investitionen – für die Verteilungsrechnung außer Ansatz bleiben. Die Zugehörigkeit der AÖR zum Staat sollte als Sektorkennung in der Datei der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen gespeichert werden, da es sich um ein dauerhaftes Merkmal handelt, das nicht stets wieder neu festgestellt werden muss.

Die Konsolidierung der Transaktionen von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die dem Sektor Staat zugerechnet werden sollen, mit den anderen Einheiten des Sektors Staat geht möglicherweise über die der Transfers für laufende oder investive Zwecke hinaus. Auch dies sei am obigen Beispiel der Statistik-AÖR demonstriert: Würden die AÖR und deren Gewährsträger übereinkommen, die AÖR solle buchungstechnisch die Durchführung der Statistiken als Dienstleistung an die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg verkaufen, dann erschiene im Rechnungswesen der AÖR statt eines empfangenen Transfers ein Umsatz und in den Haushalten der beiden Länder statt einer Transferzahlung ein Kauf von Dienstleistungen. Zu entscheiden wäre, ob der Verkauf der Dienstleistung „Statistikproduktion“ auch nach den Regeln des ESVG 95 als Marktproduktion zu verstehen ist oder nicht. Falls nein, hätte die Transaktion für Zwecke der VGR bei der AÖR (Produktionswert) wie auch bei den kaufenden Ländern (Vorleistungen) außer Ansatz zu bleiben. Falls ja, verlöre die Statistik-AÖR ihren Charakter als Nichtmarktproduzent und müsste trotz ihrer Rechtsgestalt dem Sektor Kapitalgesellschaften zugerechnet werden. Es werden derzeit Überlegungen angestellt, wie die Daten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen für eine saubere Konsolidierung optimal genutzt werden können.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass die Daten der Finanzstatistik auch zukünftig so nach Funktionskennziffern gegliedert zur Verfügung stehen, dass die Gesamtrechnungen die wirtschaftsfachliche Zuordnung in der beschriebenen Weise treffen, d. h. auf eine aufwändige Befragung der statistischen Einheiten der „betrieblichen“ Ebene Dienststelle, Schule, Polizeistation usw. verzichten können. Hierzu muss es allerdings gelingen, für die Übergangsphase von der Kameralistik zur Doppik zu einem Kontenrahmen zu kommen, der allgemein vereinbart und dann auch eingehalten werden kann, damit die Identität von Haushaltswirtschaft und Statistik gewahrt bleibt. Zur Sicherung ihrer Belange unterhält die Statistik diverse Kontakte zu Politik und Verwaltung. So nimmt die Finanzstatistik im derzeitigen Reformprozess zur Neugestaltung des kommunalen Rechnungswesens den Auftrag wahr, gemeinsam mit Vertretern der Innenministerien, der Kommunalen Spitzenverbände und der Modellkommunen neue Systematiken für einen bundesweit einheitlichen Produktrahmen und einen bundesweit einheitlichen Kontenrahmen zu entwickeln.

In einer bisher nicht begrenzten Übergangsphase werden Ergebnisse aus kameraler und doppischer Haushaltsführung vereinigt werden müssen. Die Finanzstatistik wirkt auf eine möglichst kurze Übergangsphase hin, in der es Rückrechnungen von der Doppik auf die Kameralistik geben muss. Die doppischen Haushaltssysteme ermöglichen künftig, dass

sich die Finanzstatistiken gut an die Konzepte der VGR annähern. Die Mikro-Makro-Lücke zwischen VGR und Finanzstatistik wird sich erheblich schließen.

Weitere Überlegungen richten sich auf die Verbesserung des Unternehmensregisters und seine verstärkte Nutzung in verschiedener Hinsicht, hier konkret auf die Integration der Datei der öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in den Bestand dieses Registers. Diese Integration steht auf der Agenda der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Ausformung der statistischen Einheiten des öffentlichen Bereichs hängt aber wesentlich davon ab, ob und wie dem dichotomen Zwei-Ebenen-Konzept des ESVG mit institutionellen Einheiten einerseits und den einzelnen Dienststellen andererseits auch im Register gefolgt werden soll und kann. Derzeit gliedern nicht einmal die Fachstatistiken des Personalstandes und der Finanzen differenzierter als nach diesen beiden Ebenen, obwohl es reichlich Beispiele dafür gibt, dass eine Gebietskörperschaft mehrere von ihr abhängige Einheiten und diese dann ihrerseits wieder mehrere fachlich und/oder örtlich getrennte Dienststellen hat. Man denke auf der Ebene des Bundes an die Bundeswehr, auf der Länderebene an eine Hochschule mit mehreren Standorten und diversen Instituten, Rechenzentren oder Forschungseinrichtungen und bei den Sozialversicherungsträgern an die Arbeitsverwaltung mit ihren ebenfalls komplexen Strukturen. Selbst auf der Gemeindeebene finden sich leicht Beispiele vielschichtigen Hierarchieaufbaus. Der Versuch, die große Hierarchievielfalt in der realen Erscheinungsform des Staates in allen ihren Varianten auch in einem statistischen Register abbilden zu wollen, dürfte allerdings schnell an konzeptionelle und empirische Grenzen stoßen.

Man könnte aber durchaus auf den Gedanken kommen, dass die Hierarchievielfalt der Gebietskörperschaften in der Welt des Unternehmensregisters ihre Analogie in der Unternehmensgruppe zu finden hätte. Die Darstellung mehrschichtiger Strukturen wie die einer Unternehmensgruppe ist im derzeitigen Unternehmensregister zwar nicht möglich, wird aber für Revisionen des Konzepts erwogen. Allerdings sollen Unternehmensgruppen vor allem deshalb statistisch abgebildet werden, um Marktmacht und Wettbewerbsintensität zu messen. Diese Zielsetzung steht für die Einheiten des Staates jedoch nicht im Vordergrund.

## 9. Fazit

Die hier beschriebenen Formen der Ausgliederung staatlicher Aktivitäten werden von marktwirtschaftlich orientierten politischen Kräften als ordnungspolitisch positiv eingeschätzt, weil der Einfluss des Staates zu Gunsten der Individuen zurückgedrängt werde. Von

anderen politischen Kräften dagegen werden sie kritisiert und als unattraktives Ergebnis neoliberalen Gedankenguts apostrophiert. Die Gesamtrechnungen haben sich wie die Statistiker solcher Wertungen zu enthalten, auch wenn die Gesamtrechnungen keineswegs als theoriefrei und frei von ideologischen Einflüssen bezeichnet werden können.<sup>35</sup> Die Frage, ob das, was die Gesamtrechnungen als Sektorergebnis Staat ermittelt haben, vollständig, adäquat, interregional und international vergleichbar und analytisch überhaupt relevant ist, ist bisher schon mit Verweis auf vielerlei Konventionen im Rechengang häufig gestellt worden.<sup>36</sup> Neben diesen eher konzeptionellen Bedenken könnten bald auch empirische hinzutreten, wenn das Phänomen „Budgetflucht“ weiter an Bedeutung gewinnt. Es könnte kritisch hinterfragt werden, ob die Gesamtrechnungen noch zuverlässig darüber Auskunft geben, ob und in welchem Umfang sich der Staat von seinen Rändern her auflöst, ob die diversen Formen so genannter Staatsquoten noch

zuverlässig gemessen werden können und – wenn dies der Fall ist – ob diese Quoten dann auch noch die analytische Aussagekraft haben, die man ihnen allgemein beimisst.

In diesem Aufsatz wurde darzulegen versucht, dass zur Lösung des Adäquationsproblems nationale wie internationale Ansätze verfolgt werden. Dazu gehören auch Anpassungen des deutschen statistischen Systems an internationale Leitlinien und Vorgaben. So stellt etwa die beschriebene Abkehr von der Identität zwischen dem Wirtschaftsbereich und dem Sektor Staat in der Wirtschaftsklassifikation eine gewisse Resistenz zumindest der wirtschaftsfachlichen Gliederung gegenüber der „Budgetflucht“ dar, denn Aktivitäten, die der Staat auslagert, mögen daraufhin in der Gesamtrechnung den Sektor wechseln, nicht jedoch den Wirtschaftszweig.

Es sollte aber abschließend hervorgehoben werden, dass aller Anlass besteht, die für die Sektordarstellung des Staates wesentlichen Basisstatistiken qualitativ auf hohem Niveau zu halten. Aber nicht nur die statistischen Ämter, sondern auch die berichtspflichtigen staatlichen Stellen sollten das Ihre dazu beitragen.

Bernd Struck

<sup>35</sup> Zum Theoriegehalt der Gesamtrechnungen siehe Richter (2002), S. 111 und SNA 1993, Ziffer 1.59

<sup>36</sup> Als zwei Beispiele seien genannt Brümmerhoff (2000) und Recktenwald (1981)

## Literatur

Baillet, A. und K. Voy (2002), Die Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 1961, 1970 und 1979), Zur Geschichte eines statistischen Paradigmas, in: Monatschrift Statistisches Landesamt Berlin, Heft 7, S. 252 - 286

Brümmerhoff, D. (2000), Der Staat in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Ein neues System, alte und neue ungelöste Fragen –, Working Paper No. 25 der Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie, Rostock

Commission of the European Countries – Eurostat et al (1993), System of National Accounts 1993, Brussels/Luxembourg, New York, Paris, Washington D.C.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2002), Finanz- und Investitionskrise der Gemeinden erzwingt grundlegende Reform der Kommunalfinanzen, in: DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 31/2002, S. 505 - 517

Essig, H. (2000), Staatsabgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik, Arbeitspapier Nr. 54 der Studienschwerpunkte Finanzwissenschaft / Betriebswirtschaftliche Steuerlehre / Wirtschaftsprüfung und Controlling, hrsg. von D. Dickertmann et al., Universität Trier

Europäische Gemeinschaft (1990), Nomenclature des activités économiques dans les Communautés Européennes, Rev. 1, Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 761/93 der Kommission

Eurostat (1996), Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 1995, Luxemburg

Eurostat (2002a), Erneute Entscheidung von Eurostat zu Staatsschuld und Defizit, Verbuchung von Vermögensübertragung von Immobilien auf ein staatliches Unternehmen in Österreich, in: Eurostat-News Nr. 15/2002 vom 31. Januar 2002, <http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop>

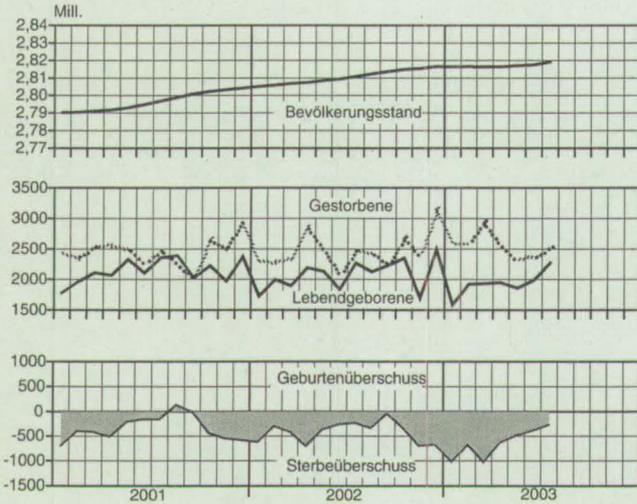
Eurostat (2002b), Handbuch zum ESVG 1995: Defizit und Schuldenstand des Staates, 2. Auflage, Luxemburg

Grohmann, H. (1985), Vom theoretischen Konstrukt zum statistischen Begriff, Das Adäquationsproblem, in: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 1 - 15

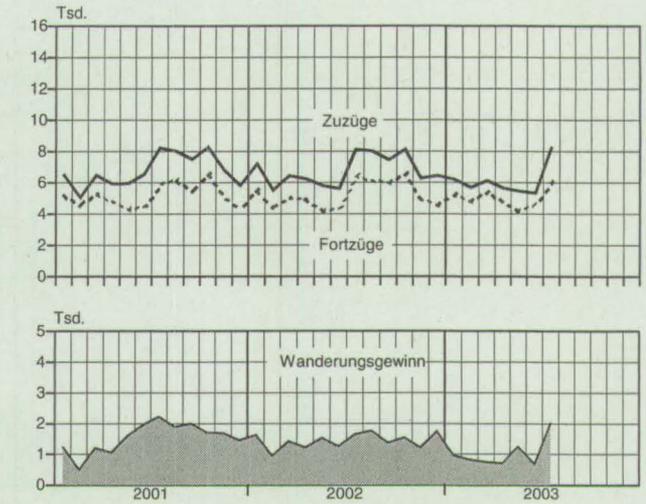
International Monetary Fund (2001), Government Finance Statistics Manual

- Kendrick, J.W. (ed.) (1996), *The New System of National Accounts*, Boston
- Levin, J. (1996), *Government in the 1993 System of National Accounts*, in: Kendrick, S. 191 - 208
- Möller, H. H. (2003), *Die Zukunftsfähigkeit des Modernen Staates, Das Neue Steuerungsmodell in der Bundesverwaltung*, [www.fhbund.de](http://www.fhbund.de)
- Postner, H. H. (1986), *Microbusiness and Macroeconomic Accounting: The Limits to Consistency, The Review of Income and Wealth*, S. 217 - 244
- Puhl, Th. (1996), *Budgetflucht und Haushaltsverfassung*, Tübingen
- Recktenwald, H. C. (1981), *Der Staat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, fundamentale Schwächen und ökonomischer Widersinn*, in: *Wirtschaftsstudium* Heft 4/1981, S. 158 - 163
- Rehm, H. (2001), *Die Reform der öffentlichen Haushalte zur Doppik – eine Revolution auch für die Finanzstatistiken*, in: *Statistisches Bundesamt, Methoden-Verfahren-Entwicklungen*, Ausgabe 2/2001
- Reich, U.-P. u. a. (ed.) (1996), *Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 1, Raum und Grenzen*, Marburg
- Reich, U.-P. u. a. (ed.) (2001), *Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 3, Geld und Physis*, Marburg
- Richter, J. (1987), *Die ideale statistische Einheit – Stein der Weisen für Wirtschaftsstatistiker und Volkseinkommensrechner?*, in: *Österreichische Zeitschrift für Statistik und Information*, Wien, Heft 3, S. 196 - 212
- Richter, J. (2002), *Kategorien und Grenzen der empirischen Verankerung der Wirtschaftsforschung*, Stuttgart
- Ruggles, R. (1996), *The United Nations System of National Accounts and the Integration of Macro and Micro Data*, in: Kendrick, S. 387 - 422
- Schuppert, G. F. (2001), *Grundzüge eines zu entwickelnden Verwaltungskooperationsrechts, Regelungsbedarf und Handlungsoptionen eines Rechtsrahmens für Public Private Partnership, Rechts- und verwaltungswissenschaftliches Gutachten erstellt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern*, [www.bmi.bund.de/Annex/de\\_24040/Download](http://www.bmi.bund.de/Annex/de_24040/Download)
- Seese, O. (2003), *Das neue doppelte Rechnungswesen der Kommunen und die Auswirkungen auf die Finanzstatistik*, in: *Statistisches Bundesamt, Methoden – Verfahren – Entwicklungen*, Ausgabe 1/2003, S. 11 - 13
- Struck, B. (1996), *Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung zentralstaatlicher Einnahmen und Ausgaben*, in: Reich u. a. (1996), S. 237 - 284
- Struck, B. (2000), *Zur Bedeutung statistischer Einheiten für die regionale Wirtschaftsstatistik*, in: *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*, Kiel, Heft 8, S. 185 – 201
- Statistisches Bundesamt (1994), *Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen*, Ausgabe 1993, Stuttgart
- United Nations (1968), *A System of National Accounts*, New York
- United Nations (1990), *International Standard Industrial Classification of all Activities*, *Statistical Papers, Series M, No. 4, Rev. 3*, New York
- United Nations (2002), *Handbook on Nonprofit Institutions in the System of National Accounts*, Manuscript submitted for editing and publication, New York
- Voy, K. (2001), *Wirtschaftliche Einheiten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Recht, Zur Prägung der VGR durch Rechtsnormen*, in: Reich u. a., S. 15 – 98

**Bevölkerungsstand**

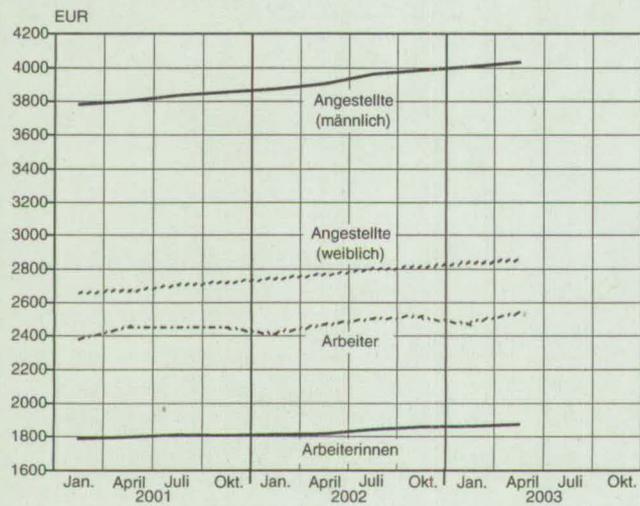


**Bevölkerungsveränderung**

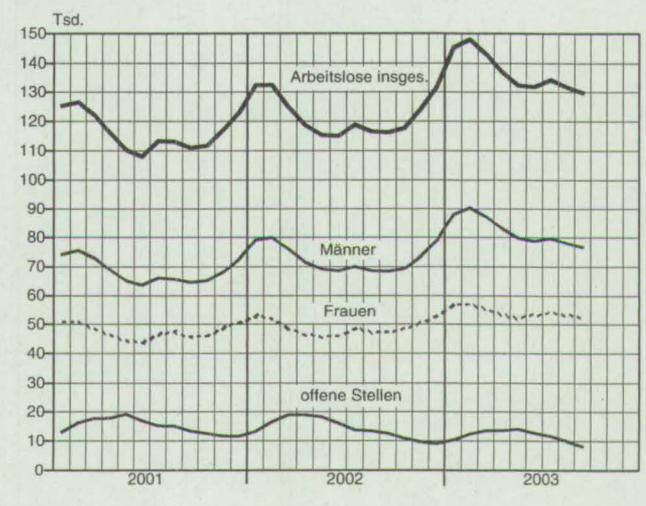


**Bruttomonatsverdienste**

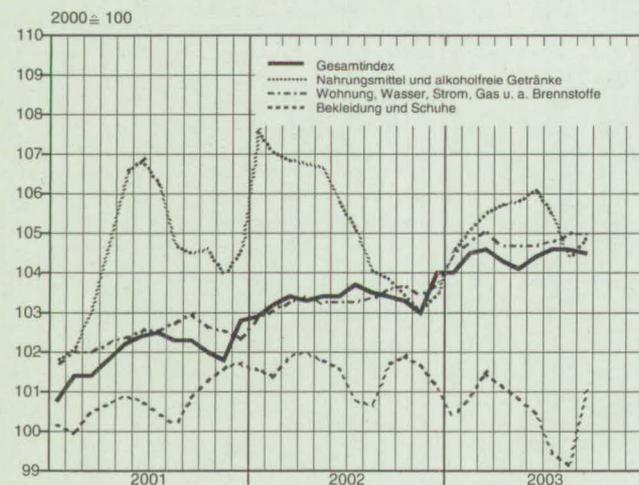
der Angestellten und Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe in Deutschland



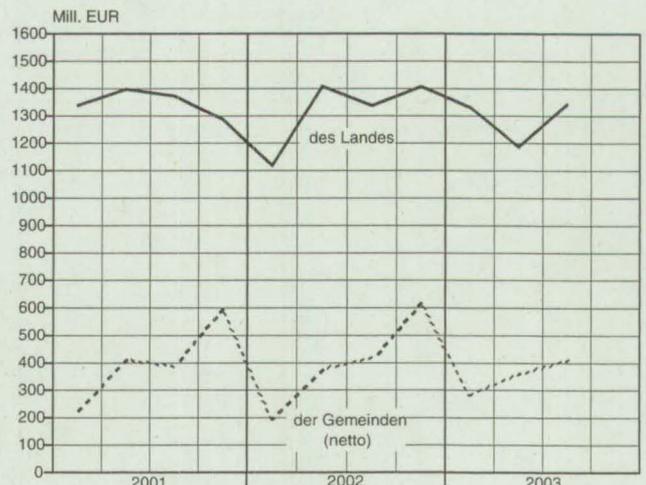
**Arbeitslose**



**Verbraucherpreisindex für Deutschland**

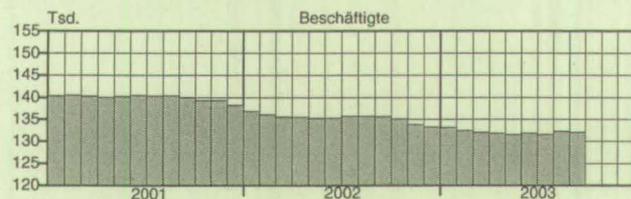
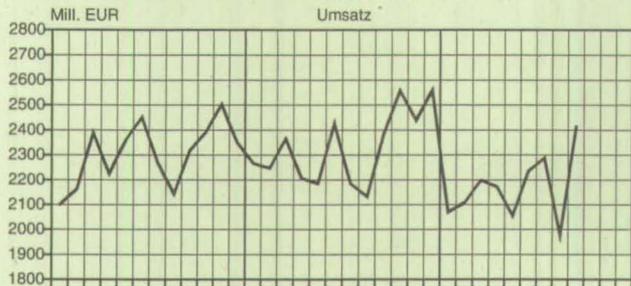


**Steuereinnahmen**

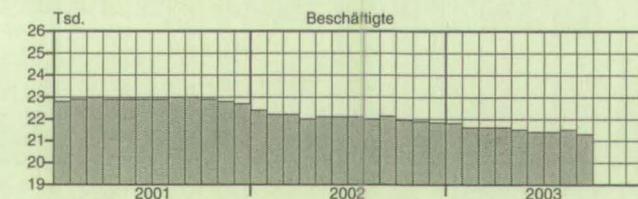
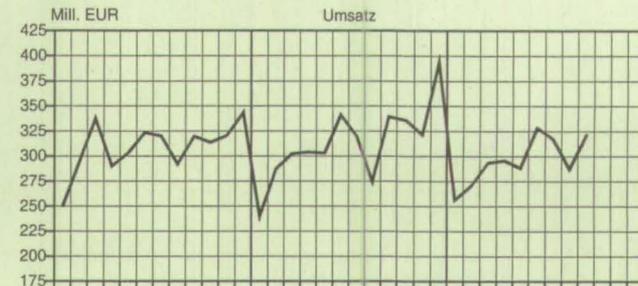


**Verarbeitendes Gewerbe**

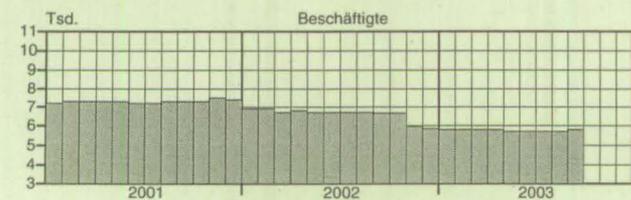
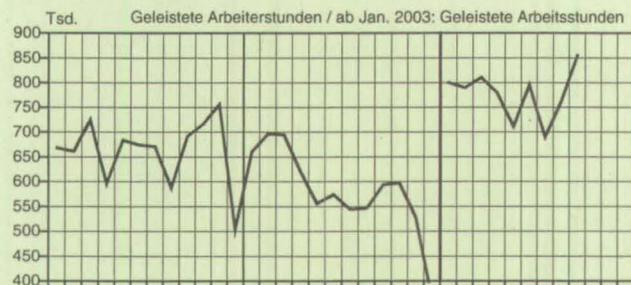
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



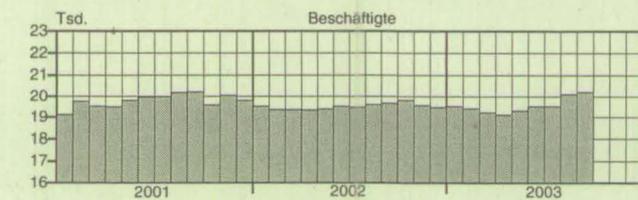
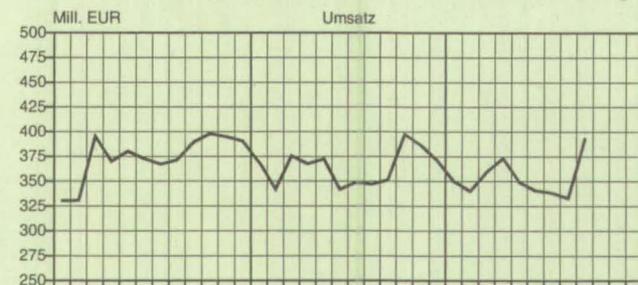
**darunter Maschinenbau**



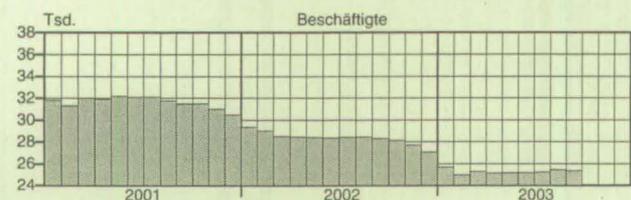
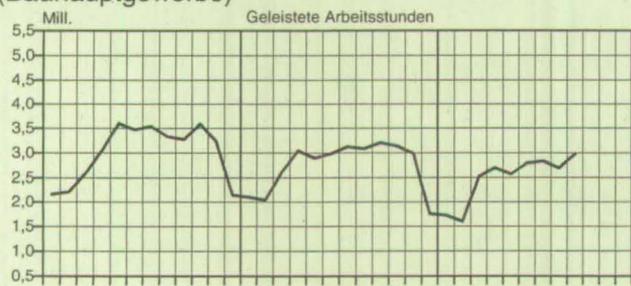
**darunter Schiffbau**



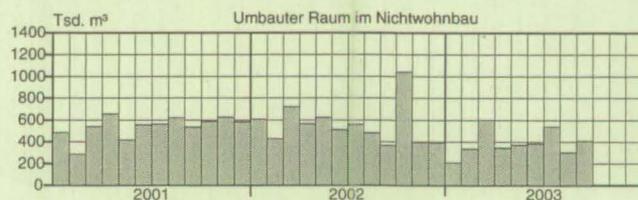
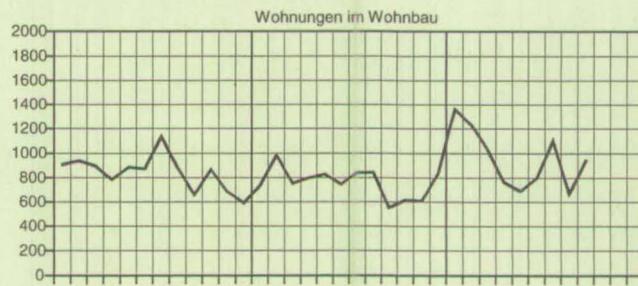
**darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung**



**Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)**



**Baugenehmigungen**



## Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein Juli bis September 2003

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
<b>Publikationen</b>				
<b>Querschnittsveröffentlichungen</b>				
Statistisches Monatsheft Januar-März 2003	MONATH	vj	K	2,05
Daten zur Konjunktur	DZK	m	L	–
– im April 2003				
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
<b>Verzeichnisse</b>				
<b>Bildung</b>				
Verzeichnis der berufsbildenden Schulen (Schuljahr 2002/2003)	SCHUVB	j	G	4,91
<b>Statistische Berichte</b>				
<b>Bevölkerung</b>				
<b>Bevölkerungsstand</b>				
Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 2002	A I 1	vj	K	0,77
Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden 2002	A I 1	j	G	2,86
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>				
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	A II 1	vj	K	0,77
– im 4. Vierteljahr 2002				
– im 1. Vierteljahr 2003				
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 2001	A II 1	j	K	1,53
Gerichtliche Ehelösungen 2002	A II 2	j	K	0,77
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebungen)	MIKRO	j	L	1,84
– 2001				
– 2002				
<b>Wanderungen</b>				
Wanderungen	A III 1	vj	K	0,77
– im 4. Vierteljahr 2002				
– im 1. Vierteljahr 2003				
Wanderungen 2002	A III 1/A III 2	j	K	1,53
<b>Gesundheitswesen</b>				
Krankheiten der Krankenhauspatienten	A IV 9	j	K	1,53
– 2000				
– 2001				
<b>Bildung</b>				
<b>Allgemein bildende Schulen</b>				
Lehrerinnen und Lehrer in allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2002/03	B I 2	j	K	2,05
<b>Berufliche Schulen, Berufsbildung</b>				
Berufsbildende Schulen 2002, Teil 1: Mehrjährige Übersichten	B II 1	j	K	1,53
Lehrerinnen und Lehrer in berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2002/03	B II 2	j	K	1,79
<b>Hochschulen, Hochschulfinanzen</b>				
Lehrernachwuchs im Vorbereitungsdienst für die Lehreraufbahn an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen am 1. Februar 2003	B III 2	j	K	1,28
<b>Rechtspflege</b>				
Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte	B VI 1	j	L	1,79
– 2000				
– 2001				
Zivil-, Familien- und Strafsachen sowie Bußgeldverfahren vor den ordentlichen Gerichten 2002	B VI 2	j	L	1,53
<b>Wahlen</b>				
Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden in Schleswig-Holstein am 2. März 2003 (Endgültiges Ergebnis der Sitzverteilung) Teil 2	B VII 3 - 5	5-jährl.	G	7,57

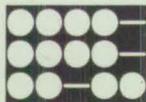
Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>				
<b>Bodennutzung und Anbau</b>				
Bodennutzung 2003 – Anbau auf dem Ackerland – (Vorläufiges Ergebnis)	C I 1	j	L	0,77
<b>Wachstumsstand und Ernte</b>				
Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland	C II 1	m	L	0,77
– Ende Juni 2003				
– Mitte August 2003				
Ernteberichterstattung über Gemüse	C II 2	m	L	0,77
– Mitte Juni 2003				
– Mitte Juli 2003				
Ernteberichterstattung über Obst	C II 3	m	L	0,77
– Ende Juni 2003				
– im Juli 2003				
<b>Viehwirtschaft und tierische Erzeugung</b>				
Viehwirtschaft 2002	C III	j	K	1,79
Viehbestände am 3. Mai 2003 (Vorläufiges Ergebnis)	C III 1	hj	L	0,77
Schlachtungen (Vorläufiges Ergebnis)	C III 2	m	K	0,77
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
– im Juli 2003				
<b>Gewerbeanzeigen</b>				
Gewerbeanzeigen 2002	D I 2	j	K	1,53
<b>Insolvenzen</b>				
Zahlungsschwierigkeiten 2001	D III 1	j	K	1,28
<b>Produzierendes Gewerbe, Handwerk</b>				
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>				
Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2002	E I 1	j	K	1,79
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden am 30. September 2002 – Ergebnisse des Monatsberichtes und der Erhebung für industrielle Kleinbetriebe –	E I 1/E I 7	j	K	1,84
<b>Bauhauptgewerbe – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau</b>				
Baugewerbe im April 2003	E II 1/E III 1	m	K	1,53
Baugewerbe im Mai 2003	E II 1/E III 1	m	K	1,53
Baugewerbe im Juni 2003	E II 1/E III 1	m	K	1,53
Unternehmen des Baugewerbes 2001	E II 3/E III 3	j	K	1,53
– Unternehmens- und Investitionserhebung –				
<b>Handwerk</b>				
Handwerk im 4. Quartal 2002	E V 1	vj	L	0,77
Handwerk 2002	E V 1	j	L	1,28
<b>Bautätigkeit</b>				
Baugenehmigungen	F II 1	m	K	0,77
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
– im Juli 2003				
<b>Handel, Tourismus und Gastgewerbe</b>				
<b>Binnenhandel</b>				
Entwicklung im Einzelhandel (Vorläufiges Ergebnis)	G I 1	m	L	0,77
– im April 2003				
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
– im Juli 2003				
<b>Außenhandel</b>				
Ausfuhr (Vorläufiges Ergebnis)	G III 1	m	L	1,28
– im März 2003				
– im April 2003				
– im Mai 2003				

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
<b>Tourismus, Gastgewerbe</b>				
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr (Vorläufiges Ergebnis)	G IV 1	m	G	0,77
– im April 2003				
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
Entwicklung im Gastgewerbe (Vorläufiges Ergebnis)	G IV 3	m	L	0,77
– im April 2003				
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
<b>Verkehr</b>				
<b>Straßen- und Schienenverkehr</b>				
Straßenverkehrsunfälle (Vorläufiges Ergebnis)	H I 1	m	K	0,77
– im Mai 2003				
– im Juni 2003				
Straßenverkehrsunfälle 2000 (Endgültiges Ergebnis)	H I 1	j	K	3,07
<b>Sozialleistungen</b>				
<b>Sozialhilfe</b>				
Sozialhilfe 2002 Teil 1: Ausgaben und Einnahmen	K I 1	j	K	1,53
<b>Kinder- und Jugendhilfe</b>				
Jugendhilfe 2002, Teil I, Bd. 1: Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen u. sozialpädagogische Familienhilfe	K I 3	j	L	2,66
<b>Asylbewerberleistungen</b>				
Ausgaben und Einnahmen für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2002	K I 13	j	K	1,28
<b>Öffentliche Finanzen</b>				
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Realsteuervergleich 2002	L II 7	j	G	2,45
Schlüsselzuweisungen 2003	L II 9	j	K	0,77
<b>Preise und Preisindizes</b>				
Erzeuger- und Großhandelspreise für die Landwirtschaft 2001	M I 1	j	L	1,28
Verbraucherpreisindex für Deutschland	M I 2/S	m	B	0,77
– im Juni 2003				
– im Juli 2003				
– im August 2003				
Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im 2. Vierteljahr 2003	M I 4/S	vj	B	0,77
Kaufwerte für Bauland 2002	M I 6	j	K	1,53
<b>Umwelt</b>				
<b>Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung</b>				
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001 Teil 1: öffentliche Wasserversorgung	Q I 1	3-jährl.	K	1,28
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001 Teil 2: öffentliche Abwasserbeseitigung	Q I 1	3-jährl.	K	1,53
<b>Abfallwirtschaft, Recycling</b>				
Abfallentsorgung 2001, Teil 1: Anlagen der Entsorgungswirtschaft	Q II 10	j	L	1,53
Abfallentsorgung 2001, Teil 2: Betriebliche Abfallentsorgung	Q II 10	j	L	0,77
<b>Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder</b>				
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1991 sowie in deren kreisfreien Städten und Landkreisen 1980, 1985, 1987 bis 1991	ETRS1	ein	K	15,00

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
<b>Elektronische Informationsangebote</b>				
<b>Verzeichnisse</b>				
<b>Gesundheitswesen</b>				
Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen am 31. Dezember 2001	KHV	j	G	40,90
<b>Standarddaten aus Einzelstatistiken</b>				
<b>Bevölkerung, Gebiet</b>				
Bevölkerung in den Kreisen am 31. Dezember 2002 nach Altersjahren und Geschlecht	BEVKAL	j	K	12,80
<b>Bautätigkeit</b>				
Wohngebäude und Wohnungen in den Gemeinden am 31.12.2002	WOFO	j	G	40,90
<b>Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder</b>				
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1991 sowie in deren kreisfreien Städten und Landkreisen 1980, 1985, 1987 bis 1991	ETRS1E	ein	K	15,00
<b>Steuern</b>				
Hebesätze der Realsteuern in Deutschland	HEBREA	j	G	40,90
<b>Gesamtrechnungen</b>				
<b>VGR der Länder</b>				
Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2001	VR2B1E	j	K	15,00

R: kleinste ausgewiesene regionale Gliederung;  
 B = Bundesgebiet; L = Land; K = Kreise/Kreisfreie Städte;  
 G = Gemeinde; S = sonstige Regionalebene  
**Abkürzungen:** m = monatlich; vj = vierteljährlich; hj = halbjährlich;  
 j = jährlich; 2j = zweijährlich; x = unregelmäßig; ein = einmalig  
 Über alle lieferbaren Publikationen (auch in elektronischer Form)  
 informiert unser Veröffentlichungsverzeichnis (im Internet oder als  
 kostenlose Broschüre).

Einzelbestellungen (zzgl. Versandkosten)  
 oder Abonnementswünsche bitte an:  
 Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein  
 – Vertrieb –  
 Post: Postfach 71 30, 24171 Kiel  
 Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80  
 Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98  
 E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de



<i>Daten zur Konjunktur</i> .....	159
<i>Jahreszahlen</i> .....	162
<i>Zahlenspiegel</i> .....	164
<i>Kreiszahlen</i> .....	169
<i>Zahlen für Bundesländer</i> .....	170

**Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein**



		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Energiewirtschaft</b>		<b>März 2003</b>		<b>Januar bis März 2003</b>	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	...	...	...	...
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Betriebe	Anzahl	1 422	- 3,3	1 430	- 2,4
Beschäftigte	1 000	132	- 2,8	133	- 2,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	18	.	18	.
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	376	+ 0,1	376	+ 0,6
darunter Bruttolohnsumme	Mill. EUR	178	- 3,6	179	- 2,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	2 198	- 7,2	2 126	- 7,3
Inlandsumsatz	Mill. EUR	1 453	- 4,5	1 394	- 4,8
Auslandsumsatz	Mill. EUR	745	- 12,1	731	- 11,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige		.	- 3,4	.	...
aus dem Inland		.	- 12,6	.	...
aus dem Ausland		.	+ 11,7	.	...
<b>Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)<sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	25	- 11,2	25	- 12,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	3	- 3,3	2	- 13,5
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	48	- 7,1	44	- 14,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	161	- 0,3	125	- 13,0
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. EUR	101	+ 17,3	70	- 10,0
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	1 026	+ 36,6	1 206	+ 46,7
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	601	- 16,5	381	- 34,8
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	93,0	- 2,4	93,3	- 1,9
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	94,9	- 3,9	89,4	+ 0,9
<b>Kfz-Handel und Tankstellen</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	96,0	- 0,8	96,3	- 1,3
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	86,6	- 3,2	94,4	- 0,9
<b>Gastgewerbe</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	88,4	- 9,0	83,7	- 6,6
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	73,4	- 17,0	65,0	- 12,4
<b>Tourismus<sup>5</sup></b>					
Gästeankünfte	1 000	246	- 14,8	192	- 5,0
Gästeübernachtungen	1 000	927	- 19,6	698	- 8,7
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	142 991	+ 14,5	143 470	+ 10,7
Gemeldete Stellen	Anzahl	13 562	- 28,6	11 295	- 24,6
Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	6 051	- 0,1	6 102	- 2,7
<b>Insolvenzen</b>					
Beantragte Insolvenzen	Anzahl	394	+ 32,2	368	+ 32,7

<sup>1</sup> einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl, ( ) = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Daten zur Konjunktur  
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Energiewirtschaft</b>		April 2003		Januar bis April 2003	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	...	...	...	...
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Betriebe	Anzahl	1 425	- 2,9	1 429	- 2,5
Beschäftigte	1 000	132	- 2,9	132	- 2,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	17	.	18	.
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	394	+ 0,3	380	+ 0,5
darunter Bruttolohnsumme	Mill. EUR	186	- 3,0	181	- 2,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	2 171	- 1,7	2 137	- 5,9
Inlandsumsatz	Mill. EUR	1 456	- 2,6	1 410	- 4,3
Auslandsumsatz	Mill. EUR	716	+ 0,4	727	- 9,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige		.	- 11,8	.	- 5,3
aus dem Inland		.	- 7,1	.	- 8,2
aus dem Ausland		.	- 17,9	.	- 0,9
<b>Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)<sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	25	- 11,6	25	- 12,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	3	- 11,4	2	- 12,9
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	56	- 8,4	47	- 13,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	190	+ 3,5	141	- 8,1
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. EUR	86	- 13,0	74	- 10,9
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	702	- 12,0	1 080	+ 32,3
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	343	- 39,2	372	- 35,9
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	93,8	- 2,0	93,5	- 1,9
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	102,8	+ 1,9	92,6	+ 1,2
<b>Kfz-Handel und Tankstellen</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	93,8	- 2,5	95,3	- 2,0
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	107,4	- 5,2	97,4	- 2,4
<b>Gastgewerbe</b>					
Beschäftigte	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	100,3	- 0,4	87,5	- 5,3
Umsatz	Messziffer 2000 $\hat{=}$ 100	97,9	+ 2,5	73,8	- 7,2
<b>Tourismus<sup>5</sup></b>					
Gästekünfte	1 000	394	+ 24,7	242	+ 5,1
Gästeübernachtungen	1 000	1 723	+ 26,6	953	+ 4,4
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	136 999	+ 15,4	142 601	+ 11,7
Gemeldete Stellen	Anzahl	13 545	- 28,5	11 860	- 25,8
Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 310	- 10,6	5 904	- 4,6
<b>Insolvenzen</b>					
Beantragte Insolvenzen	Anzahl	411	+ 24,5	379	+ 30,2

<sup>1</sup> einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/E III 1

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl, ( ) = eingeschränkte Aussagefähigkeit

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 2002	Mai 2002	Juni 2002	Juli 2002	August 2002	Sept. 2002	Okt. 2002	Nov. 2002	Dez. 2002	Jan. 2003	Febr. 2003	März 2003	April 2003
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>														
Betriebe	Land	-2,0	-2,0	-2,1	-2,2	-2,0	-2,3	-2,5	-2,2	-2,0	-1,9	-2,0	-3,3	-2,9
	Bund	-1,8	-1,7	-1,8	-1,9	-1,9	-2,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,9	-2,9	-2,9	...
Beschäftigte	Land	-3,8	-3,6	-3,7	-2,8	-3,3	-3,4	-3,5	-3,9	-3,6	-2,8	-2,7	-2,8	-2,9
	Bund	-2,9	-2,8	-3,1	-3,2	-3,4	-3,3	-3,3	-3,3	-3,3	-2,6	-2,6	-2,5	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-5,1	-7,4	-5,1	-5,2	-4,8	-4,0	-7,2	-9,2	-5,8	.	.	.	.
	Bund	-4,9	-11,3	-3,1	-1,2	-8,1	-2,7	-4,6	-5,6	-2,4	.	.	.	.
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Land	-1,0	-2,9	-2,3	+1,9	-0,4	+0,2	-1,0	+0,0	-2,9	+0,4	+1,3	+0,1	+0,3
	Bund	-0,9	-2,2	-0,0	+1,0	-1,2	-0,2	-1,1	-2,1	-0,2	+0,5	+1,0	+0,2	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+1,9	-7,5	-1,0	-3,8	-1,3	+2,8	+6,9	-2,5	+9,0	-8,6	-6,2	-7,2	-1,7
	Bund	-1,5	-7,7	-1,6	+1,8	-4,4	+2,1	+0,2	-0,7	+4,8	-0,1	+2,5	+2,2	...
Inlandsumsatz	Land	-2,6	-6,6	-3,6	-4,2	-6,8	-0,2	-3,4	-9,9	+8,3	-5,4	-4,7	-4,5	-2,6
	Bund	-3,0	-10,0	-2,3	+0,4	-6,2	+1,3	-1,7	-3,1	+2,2	-1,0	...	+1,0	...
Auslandsumsatz	Land	+11,6	-9,2	+3,9	-2,7	+15,4	+9,8	+33,2	+16,0	+10,6	-14,4	-8,8	-12,1	+0,4
	Bund	+1,1	-3,8	-0,4	+4,2	-1,1	+3,6	+3,4	+3,3	+9,4	+1,5	+3,5	+4,1	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+2,7	-8,6	+24,1	+6,4	-0,9	+7,1	+1,3	-7,0	+8,9	-3,7	...	-3,4	-11,8
	Bund	-0,2	-5,1	+1,0	+3,8	-2,2	+6,9	+4,8	+2,7	+0,5	+2,3	+4,8	+0,5	-3,6
aus dem Inland	Land	-2,9	-15,1	-16,8	+1,3	-7,1	+8,3	+6,0	-7,6	+22,3	-7,9	...	-12,6	-7,1
	Bund	-3,0	-10,2	+0,3	+1,3	-6,3	+2,1	+1,7	-1,0	+0,7	-0,9	+4,8	+0,6	-4,5
aus dem Ausland	Land	+12,0	+1,2	+95,0	+15,2	+10,8	+5,1	-5,4	-6,1	-9,7	+3,2	...	+11,7	-17,9
	Bund	+3,5	+0,9	+1,9	+7,0	+3,3	+12,9	+8,8	+7,1	+0,1	+5,9	+4,7	+0,4	-2,5
				<u>2. Quartal</u>			<u>3. Quartal</u>				<u>4. Quartal</u>		<u>1. Quartal</u>	
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	-2,2	-	-4,6	-	-	-1,3	-	-	+0,3	-	-	...	-
	Bund	-0,0	-	+0,3	-	-	+1,0	-	-	+2,1	-	-	...	-
<b>Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Bau- stellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)<sup>2</sup></b>														
Beschäftigte	Land	-10,5	-11,8	-11,8	-11,6	-10,5	-10,2	-10,7	-10,8	-11,2	-12,6	-14,0	-11,2	-11,6
	Bund	-7,8	-7,4	-7,5	-7,7	-7,9	-7,8	-7,8	-7,9	-7,8	-8,8	-9,9	-11,5	-11,4
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-8,8	-19,6	-14,0	-11,8	-7,1	-2,0	-12,4	-7,6	-17,9	-18,1	-21,9	-3,3	-11,4
	Bund	-9,3	-17,5	-7,7	-5,8	-14,3	-4,7	-10,9	-10,3	-13,2	-13,8	-24,0	-9,9	-13,3
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Land	-10,1	-13,9	-14,4	-8,0	-9,8	-5,7	-8,5	-13,3	-18,7	-19,2	-18,4	-7,1	-8,4
	Bund	-6,3	-7,6	-8,5	-3,9	-8,2	-2,8	-6,4	-8,7	-5,5	-9,3	-14,5	-8,6	-7,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-8,7	-22,0	-9,3	-13,6	-15,1	-7,0	-13,8	+2,2	-1,2	-26,6	-15,0	-0,3	+3,5
	Bund	-5,9	-8,8	-4,8	-3,8	-10,3	-3,7	-5,5	-8,0	-9,2	-16,4	-14,5	-8,4	-5,3
Auftragseingang <sup>3</sup>	Land	-5,7	-16,8	+4,4	-13,0	+14,6	+18,0	-3,3	+15,1	-6,5	-33,0	-17,2	+17,3	-13,0
	Bund	-6,2	-16,3	-10,5	-3,8	-12,7	-0,7	-8,2	-9,7	-0,2	-9,9	-12,5	-19,7	-14,8
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-9,4	-6,3	-14,2	-25,7	-4,1	-16,5	-28,6	-11,4	+42,5	+84,9	+25,6	+36,6	-12,0
	Bund	p-5,2	-18,9	-12,3	-10,1	-14,1	-6,8	-16,0	-1,6	+55,1	+52,5	+37,0	...	...
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	+3,7	+50,5	-7,9	-0,5	-22,7	-31,8	+78,4	-37,3	-33,2	-65,7	-21,8	-16,5	-39,2
	Bund	p-15,6	-16,7	-19,5	-15,0	-15,6	-12,6	-17,0	-20,9	-16,5	-13,1	-24,9	...	...
<b>Einzelhandel insgesamt</b>														
Beschäftigte	Land	r-0,9	-1,8	-2,1	-2,8	r-2,2	-2,1	-2,5	r-1,8	r-1,8	-2,1	r-1,5	r-2,0	-2,0
	Bund	r-1,0	r-0,5	r-0,8	r-1,0	-1,4	r-1,5	r-2,1	r-2,3	r-2,5	r-2,8	r-2,9	r-3,1	-2,9
Umsatz	Land	-2,1	r-2,6	r-5,6	r-2,9	-0,5	-0,1	-0,3	-3,9	-1,4	r+2,4	r+3,8	r-2,8	+1,9
	Bund	r-2,2	r-4,6	r-4,2	r+1,0	r-2,0	r-1,2	r+0,6	r-4,3	r-2,6	r+1,1	r+1,4	r-2,7	+1,1
<b>Kfz-Handel und Tankstellen</b>														
Beschäftigte	Land	r-14,0	r-14,6	r-14,2	r-14,6	r-14,3	r-13,5	r-12,3	r-14,8	r-13,2	r-0,9	r-2,4	r-2,1	-2,5
	Bund	r-3,2	r-2,8	r-3,0	r-2,9	r-3,0	r-2,6	r-2,3	r-2,7	-2,7	r+1,0	r+1,0	r-0,6	-0,4
Umsatz	Land	r-3,7	-7,9	r-6,4	+1,0	r-5,1	r-3,2	-0,3	r-10,2	-3,0	r-3,1	r-1,3	r+0,3	-5,2
	Bund	r+0,7	r-5,6	r+1,4	r+5,4	r-0,6	r+4,4	r+3,4	r-4,5	r+1,9	r+2,4	r+2,3	r+2,4	-1,4
<b>Gastgewerbe</b>														
Beschäftigte	Land	-2,5	-2,2	r-3,4	-4,1	-0,1	-2,4	r-3,4	-3,8	r-5,4	r-4,9	r-6,2	r-10,0	-0,4
	Bund	r-2,9	r-1,9	r-2,0	r-2,9	r-3,3	r-4,0	r-4,8	r-4,5	r-5,0	r-4,3	r-4,7	r-5,5	-4,3
Umsatz	Land	-2,3	r+1,6	r-5,9	r-3,8	+0,2	r+2,4	r-6,0	-7,4	r-9,5	r-9,4	-9,0	r-14,6	+2,5
	Bund	r-4,2	r-4,2	r-4,1	r-4,6	r-4,6	r-3,0	r-7,4	r-8,1	r-9,0	r-8,9	r-8,2	r-6,6	-8,0
<b>Tourismus<sup>5</sup></b>														
Gästeankünfte	Land	-0,6	+4,9	-5,1	-3,8	+5,4	+1,8	-2,5	+1,4	-2,6	+3,6	+4,1	r-15,1	p+24,7
	Bund	-1,8	-2,7	-2,9	-1,9	-1,8	-1,3	-1,0	-2,3	-0,6	p-0,3	p-1,9	p-1,8	...
Gästeübernachtungen	Land	-1,7	+2,1	-4,2	-4,7	+1,6	+1,2	-1,5	-2,4	-2,7	r+1,5	r+3,1	r-19,9	p+26,6
	Bund	-2,7	-1,3	-2,6	-3,9	-2,4	-2,1	-1,4	-3,2	-0,8	p-1,4	p-5,3	p-4,7	...
<b>Arbeitsmarkt</b>														
Arbeitslose	Land	+4,7	+4,6	+6,4	+4,8	+3,1	+4,7	+5,4	+5,9	+7,1	+9,6	+11,7	+14,5	+15,4
	Bund	+5,4	+6,1	+7,0	+6,5	+6,1	+5,3	+5,5	+6,3	+6,6	+7,8	+9,5	+10,9	+11,7
Gemeldete Stellen	Land	-4,5	-4,4	-5,2	-9,2	-11,0	-7,3	-14,0	-17,8	-21,7	-22,4	-25,2	-28,6	-28,5
	Bund	-10,9	-7,6	-8,2	-9,6	-9,8	-13,5	-14,7	-15,6	-16,7	-17,2	-20,1	-21,3	-22,0
Kurzarbeiter/-innen	Land	+10,3	+15,9	+28,8	+0,5	+14,8	+47,5	+34,0	+9,5	+9,9	+0,7	-7,8	-0,1	-10,6
	Bund	+68,2	+80,7	+86,0	+67,7	+57,1	+90,4	+52,8	+21,1	-6,2	-7,8	-7,7	-5,2	-1,2
<b>Insolvenzen</b>														
Beantragte Insolvenzen	Land	+113,7	+119,5	+197,3	+135,6	+132,7	+83,5	+95,6	+131,3	+66,3	+43,1	+24,2	+32,2	+24,5
	Bund	+71,2	+63,3	+62,0	+82,4	+88,0	+84,0	+76,2	+93,5	+71,8	+43,4	+21,0	+19,0	...

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1, endgültige Ergebnisse, nach der Totalerhebung 2002 wurden die vorläufigen Zahlen ab März 2002 neu berechnet

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl, ( ) = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen  
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuss (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563
1999	2 771	6,6	9,9	10,9	- 3	14	1 236	39	309	327	560
2000	2 782	6,4	9,6	10,7	- 3	15	1 238	42	299	327	570
2001	2 796	6,0	9,2	10,6	- 4	18	1 245	42	301	328	574
2002	2 810	6,1	8,9	10,6	- 5	17	1 227	47	291	329	561

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								
	Schülerinnen/Schüler im September in der Schulart					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			
	Grund- oder Haupt- schule	Sonder- schule	Real- schule	Gym- nasium	Gesamt- schule	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluss	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife
	1 000								
1998	163	12	54	64	15	11	36	32	22
1999	164	12	56	65	15	10	35	32	23
2000	165	12	59	66	16	11	34	32	23
2001	164	12	61	68	16	11	35	31	23
2002	163	12	63	70	16	11	36	31	22

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand <sup>2</sup>				Schlachtungen <sup>5</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3</sup>									
	1 000										
1998	1 342 <sup>a</sup>	395 <sup>a</sup>	1 348 <sup>a</sup>	. <sup>a</sup>	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724
1999	1 337 <sup>b</sup>	377 <sup>b</sup>	1 365 <sup>b</sup>	3 080 <sup>b</sup>	416	1 571	2 358	6 066	2 479	220	790
2000	1 297 <sup>a</sup>	354 <sup>a</sup>	1 367 <sup>a</sup>	. <sup>a</sup>	399	1 480	2 352	6 210	2 801	212	753
2001	1 320 <sup>b</sup>	362 <sup>b</sup>	1 384 <sup>b</sup>	2 784 <sup>b</sup>	385	1 288	2 333	6 338 <sup>b</sup>	2 958	218	715
2002	1 260 <sup>a</sup>	350 <sup>a</sup>	1 400 <sup>a</sup>	. <sup>a</sup>	392	1 252	2 319	6 450	2 436	187	744

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne <sup>7</sup>	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom <sup>7</sup>	
	1 000		Mill.	Mill. EUR		Mill. EUR		1 000 t		Mill. kwh		Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1998	143	88	141	2 344	2 233	25 912	7 712	158	873	5 219	3 877	39
1999	140	86	139	2 345	2 255	27 232	8 508	149	750	5 223	3 872	37
2000	141	87	139	2 404	2 335	28 121	8 926	.	873	5 780	3 557	35
2001	139	85	136	2 397	2 388	27 933	8 885	.	901	5 886	3 566	32
2002	135	81	129	2 345	2 388	27 945	9 421	.	885	5 817	4 078	28

<sup>1</sup> Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen im April des jeweiligen Jahres

<sup>2</sup> 1998 am 03.11., ab 1999 am 03.05.

<sup>3</sup> ohne Ammen- und Mutterkühe

<sup>4</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

<sup>5</sup> gewerbliche und Hauschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

<sup>6</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997 einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

<sup>7</sup> ohne Eigenerzeugung

<sup>a</sup> Mai

<sup>b</sup> allgemeine Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1</sup>	fertigestellte Wohnungen <sup>1</sup>		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000			Mill. EUR				1 000			
1998	18	19	1 289	9 088	5 166	514	8 240	4 097	362	20 483	716
1999	17	17	1 307	10 338	5 603	567	9 374	4 208	357	20 538	729
2000	12	14	1 321	10 716	5 938	586	9 500	4 342	405	20 860	799
2001	10	11	1 332	11 137	6 338	713	9 852	4 344	405	20 893	829
2002	9	11	1 342	p 10 939	p 6 242	p 476	p 9 767	4 319	430	20 535	864

Jahr	Kfz-Bestand <sup>3</sup> am 01.01.				Straßenverkehrsunfälle <sup>5</sup> mit Personenschaden			Spar-einlagen <sup>6</sup> am 31.12.	Sozialhilfe <sup>7</sup>			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw <sup>4</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. EUR		Aufwand in Mill. EUR	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. EUR
	1 000							Mill EUR				
1998	1 711	96	1 432	82	14 376	245	19 047	15 947	1 050,2	513,7	126,0	22,4
1999	1 735	105	1 443	85	14 897	263	19 706	16 204	1 043,3	493,9	123,2	20,6
2000	1 765	112	1 462	88	14 406	223	18 742	15 271	1 020,6	458,7	119,4	18,4
2001	1 827	120	1 508	93	13 950	226	18 325	15 149	1 045,0	450,9	117,5	...
2002	1 859	125	1 532	96	14 072	199	18 641	15 076	1 073,4	455,3	120,2	16,5

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchs-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>9</sup>	
	des Bundes	des Landes <sup>8</sup>	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. EUR											
1998	...	5 338	1 695	3 000	5 497	4 122	387	...	763	15 235	2 767	2 172
1999	...	5 529	1 726	3 270	5 697	4 266	566	...	709	15 574	2 768	2 274
2000	...	5 740	1 674	3 136	5 640	4 242	567	...	689	16 000	2 768	2 265
2001	...	5 394	1 633	3 303	5 480	4 101	523	...	658	16 649	2 784	2 290
2002	...	5 271	1 803	3 226	4 785	4 185	462	...	650	17 716	2 732	2 231

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter <sup>11</sup>						
	Erzeugerpreise <sup>10</sup> 1995 = 100		für Wohn-gebäude 1995 = 100	Verbraucherpreisindex für Deutschland 2000 = 100		Arbeiter im Produzierenden Gewerbe <sup>12</sup>		Angestellte im Produzierenden Gewerbe <sup>12</sup> , Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	land-wirt-schaftlicher Produkte		insgesamt	darunter Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Bruttowochenverdienst		Bruttomonatsverdienst			Bruttomonatsgehalt <sup>13</sup>	
			Männer			Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)	
	EUR											
1998	99,5	95,6	98,7	98,0	102,0	528	389	2 881	2 078	3 278	4 697	3 490
1999	98,5	89,9	98,4	98,6	100,7	540	397	2 960	2 131	3 366	4 833	3 591
2000	101,8	r 95,4	98,7	100,0	100,0	550	407	3 034	2 189	3 470	4 833 <sup>a</sup>	3 663
2001	104,9	r 100,8	98,5	102,0	104,5	555	412	3 106	2 284	3 521	4 939	3 751
2002	104,4	94,6	98,5	103,4	105,3	566	419	3 192	2 357	3 478	2 581	1 921

<sup>1</sup> Errichtung neuer Gebäude  
<sup>2</sup> nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen  
<sup>3</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr  
<sup>4</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen  
<sup>5</sup> 1999 vorläufige Zahlen  
<sup>6</sup> ohne Postspareinlagen  
<sup>7</sup> Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.  
<sup>8</sup> einschließlich Länderfinanzgleichgewicht sowie Bundesergänzungszuweisungen  
<sup>9</sup> einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände  
<sup>10</sup> ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer  
<sup>11</sup> Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen  
<sup>12</sup> einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk  
<sup>13</sup> Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage  
<sup>a</sup> Im Jahre 2000 erfolgte keine prozentuale Besoldungserhöhung

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		2001	2002	2002			2003			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
<b>BEVÖLKERUNG</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 796	2 810	2 806	2 807	2 807	2 816	2 817	2 816	2 816
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegungen</b>										
* Eheschließungen	Anzahl	1 398	1 420	922	849	965	423	575	951	999
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,0	6,1	4,3	3,6	4,2	1,8	2,7	4,0	4,3
* Lebendgeborene	Anzahl	2 140	2 076	1 994	1 895	2 190	1 584	1 922	1 931	1 950
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,2	8,9	9,3	8,0	9,5	6,6	8,9	8,1	8,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 472	2 492	2 291	2 313	2 894	2 600	2 599	2 953	2 582
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	10,6	10,6	9,7	12,5	10,9	12,0	12,3	11,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	10	9	10	9	10	4	11	8	16
	je 1 000 Lebendgeborene	4,7	4,3	5,0	4,7	4,6	2,5	5,7	4,1	8,2
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 332	- 416	- 297	- 418	- 704	- 1 016	- 677	- 1 022	- 632
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,4	- 1,8	- 1,4	- 1,8	- 3,1	- 4,2	- 3,1	- 4,3	- 2,7
<b>Wanderungen</b>										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 752	6 763	5 487	6 440	6 216	6 211	5 684	6 111	5 640
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 487	1 411	1 179	1 419	1 425	1 200	1 078	1 286	1 097
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 213	5 326	4 553	5 023	5 011	5 255	4 867	5 362	4 932
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 019	1 052	1 025	1 116	877	991	987	1 044	1 129
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 1 539	+ 1 437	+ 934	+ 1 417	+ 1 205	+ 956	+ 817	+ 749	+ 708
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>1</sup>	Anzahl	10 571	10 784	9 272	9 994	10 248	10 429	9 436	9 872	9 120
Wanderungsfälle	Anzahl	22 536	22 872	19 312	21 457	21 475	21 895	19 987	21 345	19 692
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
<b>Beschäftigte</b>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>2</sup>	1 000	819	814	819	831	813	808	814	823	801
* Frauen	1 000	379	380	379	384	379	379	380	384	...
* Ausländer/-innen	1 000	34	33	34	35	32	33	33	33	...
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	141	145	141	142	142	143	145	145	...
* darunter Frauen	1 000	123	192	123	123	123	124	192	125	...
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	15	15	15	16	13	14	15	15	13
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	173	169	173	175	173	170	169	170	167
* Baugewerbe	1 000	63	59	63	64	60	57	59	60	55
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	233	232	233	236	228	228	232	233	224
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	106	106	106	109	107	106	106	108	106
* öffentliche und private Dienstleister	1 000	229	233	229	232	232	233	233	236	236
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	1 000	116,1	121,6	132,4	124,9	118,7	145,1	147,9	143,0	137,0
* darunter Frauen	1 000	47,9	49,2	52,6	49,2	47,3	57,2	57,6	55,9	54,1
* Arbeitslosenquote <sup>3</sup>										
* insgesamt	%	9,4	9,8	10,7	10,1	9,6	11,6	11,9	11,5	11,0
* Frauen	%	8,2	8,3	8,9	8,4	8,0	9,6	9,7	9,4	9,1
* Männer	%	10,5	11,1	12,3	11,7	11,0	13,5	13,9	13,4	12,7
* Ausländer/-innen	%	22,4	23,6	26,6	25,2	24,3	26,7	27,2	26,4	25,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	9,8	10,1	11,2	10,6	9,6	11,6	12,3	11,7	10,9
* Kurzarbeiter/-innen	1 000	4,7	5,2	6,9	6,1	5,9	5,9	6,4	6,1	5,3
* Gemeldete Stellen	1 000	15,0	14,4	16,5	19,0	18,9	10,2	12,4	13,6	13,5
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	613	580	622	568	587	1 172	860	766	541
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	587	559	593	548	567	1 153	829	742	521
* umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	466	435	505	441	460	801	674	575	408
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	92	85	99	87	90	159	136	116	81
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 EUR	96 413	91 577	105 431	93 426	96 487	167 640	141 571	120 626	86 259
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	96	89	86	87	99	61	62	78	80
* umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	537	557	427	720	564	208	334	601	343
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	88	89	69	104	85	35	54	83	57
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 EUR	48 960	53 648	44 483	51 285	61 868	22 209	33 851	47 452	29 234
* Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	928	846	1 066	807	864	1 423	1 343	1 118	773
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 613	4 273	4 880	4 077	4 227	7 579	6 658	5 667	4 038

<sup>1</sup> ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

<sup>2</sup> insgesamt: einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung

<sup>3</sup> Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		2001	2002	2002			2003			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Viehbestand</b>										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 320 <sup>a</sup>	1 260 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	362 <sup>a</sup>	350 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Schweine	1 000	1 384 <sup>a</sup>	1 400 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	124 <sup>a</sup>	118 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
darunter trächtig	1 000	91 <sup>a</sup>	87 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
<b>Schlachtungen</b>										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	32	33	31	32	31	32	26	31	27
Kälber	1 000 St.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 St.	107	104	101	103	103	120	96	103	110
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
* Schlachtmenge <sup>1</sup> (ohne Geflügel)	1 000 t	20,2	20,0	19,3	19,8	19,5	21,2	17,1	19,6	18,7
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,3	10,3	9,9	10,3	9,9	10,0	8,2	9,9	8,4
* Kälber	1 000 t	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
* Schweine	1 000 t	9,7	9,4	9,2	9,3	9,4	10,9	8,7	9,4	10,0
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	322	317	321	318	325	316	320	320	318
Kälber	kg	142	141	141	139	137	138	140	139	140
Schweine	kg	90	91	91	91	91	92	91	91	91
<b>Geflügel</b>										
Geflügelfleisch <sup>2</sup>	1 000 kg	96	90	.	.	.	.	.	.	.
* Eierzeugung <sup>3</sup>	1 000	26 723	23 925	23 652	25 155	21 441	20 759	19 845	23 692	22 118
<b>Milcherzeugung<sup>4</sup></b>										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	97	97	98	.	.	.	.
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	17,4	17,7	18,2	18,6	18,8	.	.	.	.
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>5</sup></b>										
* Betriebe	Anzahl	1 479	1 450	1 462	1 470	1 468	1 436	1 433	1 422	1 425
* Beschäftigte <sup>6</sup>	1 000	139	135	136	136	136	133	132	132	132
* darunter Arbeiter/-innen <sup>7</sup>	1 000	85	81	82	82	82	79	79	78	78
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	-	-	-	-	-	18 213	17 525	17 728	17 452
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	200	195	181	185	192	183	176	178	186
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	199	199	185	190	200	197	195	197	207
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	2 328	2 329	2 247	2 369	2 208	2 071	2 108	2 198	2 172
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	903	901	823	-	-	543	525	586	572
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	775	802	840	-	-	650	741	721	747
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	65	68	67	-	-	62	62	65	56
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	586	558	517	-	-	512	598	634	642
* darunter Auslandsumsatz	Mill. EUR	740	785	832	848	713	690	759	745	716
Stromverbrauch	Mill. kWh	338	340	346	-	-	-	-	-	-
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	41	38	39	-	-	-	-	-	-
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>										
* Betriebe <sup>5</sup>	Anzahl	128	128	128	129	128	119	119	...	...
* Beschäftigte <sup>5</sup>	1 000	9	9	9	9	9	9	9	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>5</sup>	1 000 h	554	1 102	1 125	1 111	1 108	1 180	1 136	...	...
* Brutto Lohn- und -gehaltssumme <sup>5</sup>	Mill. EUR	28,2	27,8	24,6	24,6	32,8	24,6	24,9	...	...
* Stromerzeugung (brutto) in Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 623	2 216	2 641	2 526	1 444	2 567	2 308	2 590	2 936
<b>Baugewerbe</b>										
<b>Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>8</sup></b>										
* Beschäftigte <sup>6</sup>	Anzahl	31 644	28 332	29 019	28 471	28 423	25 681	24 961	25 285	25 131
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 014	2 747	2 039	2 600	3 049	1 719	1 593	2 515	2 700
davon										
Wohnungsbau	1 000 h	1 479	1 398	1 013	1 352	1 552	882	818	1 311	1 379
gewerblicher Bau	1 000 h	754	656	551	619	697	460	436	567	612
öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	781	694	475	629	800	377	339	637	709
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	49,3	43,9	33,6	38,2	47,0	32,3	26,5	35,4	42,8
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	14,9	13,8	13,6	13,0	13,7	12,3	12,1	12,2	12,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	222,3	202,8	138,2	161,5	183,3	95,9	117,5	160,9	189,6
davon										
Wohnungsbau	Mill. EUR	95,3	92,0	63,0	74,0	83,8	42,5	52,5	71,7	87,3
gewerblicher Bau	Mill. EUR	61,5	56,5	42,6	44,6	49,6	29,7	38,7	48,7	53,6
öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	65,4	54,4	32,7	42,9	49,9	23,7	26,4	40,6	48,7
Auftragseingang <sup>9</sup>	Mill. EUR	105,5	99,5	65,7	86,0	98,6	54,5	54,4	100,8	85,7

<sup>1</sup> aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

<sup>2</sup> Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

<sup>3</sup> erzeugte Eier in Betrieben bzw. in Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knackeieren

<sup>4</sup> ab Januar 2000 nur noch Monatsmeldungen rückwirkend für das Vorjahr

<sup>5</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Stat. Bericht E 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe. Ab 2002 handelt es sich um die Beschäftigtenstunden der Arbeiter und Angestellten. Ein Vergleich mit früheren Angaben ist daher nicht möglich.

<sup>6</sup> einschließlich der tätigen Inhaber <sup>7</sup> einschließlich der gewerblich Auszubildenden <sup>8</sup> nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse

<sup>9</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>a</sup> Mai

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		2001	2002	2001			2002			
		Vierteljahresdurchschnitt			2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
<b>nach: PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>Ausbaugewerbe/Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe<sup>1 2</sup></b>										
* Beschäftigte <sup>3 4</sup>	Anzahl	9 861	9 249	9 851	9 945	9 810	9 360	9 236	9 329	9 071
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 164	2 898	3 109	3 237	3 191	2 884	2 887	2 953	2 868
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	47,5	44,6	47,2	47,5	51,3	42,0	43,2	45,8	47,3
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	19,1	19,4	19,1	19,0	21,0	18,1	18,9	19,8	20,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	202,4	199,2	185,2	200,5	271,5	149,2	193,4	205,6	248,6
<b>HANDEL</b>										
<b>Großhandel<sup>5</sup></b>										
* Beschäftigte	2000 = 100	98,9	94,7	96,0	96,0	95,6	90,9	90,4	91,2	91,1
* Umsatz nominal	2000 = 100	97,4	95,0	82,9	96,1	98,8	79,7	82,6	94,3	97,1
* Umsatz real	2000 = 100	97,3	94,8	82,1	94,6	97,1	79,5	81,9	94,0	96,1
<b>Einzelhandel<sup>6</sup></b>										
* Beschäftigte	2000 = 100	96,5	94,8	94,2	94,5	95,0	92,4	92,8	92,6	94,1
* Umsatz nominal	2000 = 100	100,9	99,1	82,7	99,0	102,1	87,7	85,6	96,2	104,4
* Umsatz real	2000 = 100	99,1	97,3	80,8	96,5	99,5	86,0	83,4	93,5	101,9
<b>Kfz-Handel und Tankstellen<sup>7</sup></b>										
* Beschäftigte	2000 = 100	113,1	97,3	97,5	96,8	96,2	97,4	94,8	94,3	93,3
* Umsatz nominal	2000 = 100	105,1	101,2	90,9	105,5	113,3	86,5	89,8	104,9	108,8
* Umsatz real	2000 = 100	103,7	99,7	89,7	103,9	111,6	84,5	87,9	102,7	106,5
<b>GASTGEWERBE</b>										
* Beschäftigte	2000 = 100	99,9	97,5	85,7	97,1	100,7	81,8	80,5	86,5	96,3
* Umsatz nominal	2000 = 100	99,6	97,4	67,7	88,6	95,3	60,0	61,4	74,6	97,1
* Umsatz real	2000 = 100	97,9	92,2	64,6	84,6	91,3	56,7	57,8	70,3	91,4
<b>TOURISMUS<sup>8</sup></b>										
* Gästeankünfte	1 000	362	360	176	289	316	142	186	244	385
* darunter von Auslandsgästen	1 000	34	36	17	28	32	14	23	24	37
* Gästeübernachtungen	1 000	1 741	1 711	607	1 153	1 361	519	647	916	1 671
* darunter von Auslandsgästen	1 000	69	72	38	59	65	29	51	49	72
<b>VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>9</sup>	Anzahl	1 457	1 475	1 374	1 330	1 363	p 1 162	p 965	p 1 088	p 1 368
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 163	1 173	1 025	1 075	1 114	p 802	p 730	p 854	p 1 106
* getötete Personen	Anzahl	19	17	22	13	9	p 10	p 14	p 10	p 19
* verletzte Personen	Anzahl	1 527	1 553	1 365	1 399	1 512	p 1 069	p 947	p 1 141	p 1 465
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 974	9 387	8 344	11 892	10 640	7 561	7 865	10 825	10 471
darunter Krafträder einschließlich Leichtkrafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	Anzahl	600	...	99	...	...	157	449	1 154	1 204
* Personenkraftwagen <sup>10</sup>	Anzahl	8 376	7 810	7 018	9 720	8 442	6 697	6 711	8 789	8 209
* Lastkraftwagen	Anzahl	666	594	519	598	634	443	435	538	606
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Gütereingang	1 000 t	157	162	130	141	163	...	...	...	...
* Güterversand	1 000 t	215	185	166	194	199	...	...	...	...
<b>AUßENHANDEL<sup>11</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr	Mill. EUR	928,1	911,6	926,8	1 060,8	885,7	940,4	914,4	934,2	928,1
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	107,0	97,7	97,6	114,0	93,1	86,6	88,9	99,8	90,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	821,0	813,9	829,2	946,8	792,6	811,0	784,1	788,2	794,6
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	15,9	13,2	8,9	8,5	21,7	32,7	12,5	43,6	13,0
* Halbwaren	Mill. EUR	52,7	50,9	61,3	51,3	36,6	84,1	37,3	47,4	48,5
* Fertigwaren	Mill. EUR	752,4	730,6	759,1	887,0	734,3	694,3	734,3	697,2	733,1
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	84,0	91,1	98,2	88,5	84,6	99,2	113,7	102,4	107,3
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	668,4	658,7	660,9	798,5	649,7	595,1	620,6	594,8	625,7
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	683,3	661,8	692,6	773,8	657,4	690,1	653,5	712,0	679,7
darunter in EU-Länder	Mill. EUR	528,2	520,2	582,7	642,2	542,5	531,4	513,5	573,6	538,3
darunter Frankreich	Mill. EUR	71,4	68,3	82,7	89,5	81,2	65,9	57,5	75,8	71,7
Italien	Mill. EUR	62,9	67,6	59,4	82,9	81,5	63,9	72,0	88,1	88,0
Niederlande	Mill. EUR	65,9	62,3	57,7	62,2	55,9	74,3	60,5	61,0	56,9
Vereinigtes Königreich	Mill. EUR	69,7	70,7	46,1	149,0	90,6	50,6	65,4	100,4	64,8
* Afrika	Mill. EUR	28,7	30,0	26,2	48,9	22,8	27,0	22,9	29,7	27,0
* Amerika	Mill. EUR	80,8	79,9	64,4	80,3	77,4	81,8	93,5	67,6	88,5
* Asien	Mill. EUR	128,7	133,0	138,2	151,9	122,6	133,9	138,4	117,6	121,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. EUR	5,6	5,4	4,0	4,6	4,2	6,3	5,0	5,7	10,1

<sup>1</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten <sup>2</sup> einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal <sup>3</sup> am Ende des Berichtsjahres <sup>4</sup> einschließlich der tätigen Inhaber <sup>5</sup> am Ende des Berichtsjahres <sup>6</sup> einschließlich Handelsvermittlung <sup>7</sup> ohne Reparatur von Gebrauchsgütern <sup>8</sup> sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz <sup>9</sup> Betriebe ab 9 Betten <sup>10</sup> schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung <sup>11</sup> Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz <sup>12</sup> Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		2001	2002	2002			2003			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
noch: <b>AUBENHANDEL<sup>1</sup></b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
* Einfuhr	Mill. EUR	1 005,7	923,7	940,0	803,3	884,3	983,6	981,5	1 034,5	1 135,6
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	124,7	118,6	98,4	96,9	110,7	111,0	119,6	111,6	155,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	881,0	805,0	841,6	706,4	773,6	802,6	780,1	833,6	883,0
darunter										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82,6	78,7	220,4	44,4	78,6	94,0	116,9	118,5	95,6
* Halbwaren	Mill. EUR	100,3	66,0	60,4	51,4	63,0	69,7	57,6	93,5	59,8
* Fertigwaren	Mill. EUR	698,1	660,4	560,8	610,6	632,0	638,8	605,6	621,5	727,6
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	112,2	90,4	82,5	89,1	84,9	75,4	81,5	88,0	113,6
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	585,9	569,9	478,3	521,5	547,1	563,5	524,1	533,5	614,0
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	718,5	632,8	624,5	531,2	579,6	627,3	742,2	786,8	850,6
darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	598,3	513,6	429,6	437,8	457,0	525,0	623,5	678,9	743,0
darunter Dänemark	Mill. EUR	114,4	120,8	76,6	87,1	87,5	98,8	146,5	149,6	162,5
Niederlande	Mill. EUR	97,9	55,4	46,1	45,6	50,1	46,1	46,6	60,9	87,7
Schweden	Mill. EUR	88,0	89,6	91,6	89,4	71,2	98,6	104,1	109,9	103,7
Vereinigtes Königreich	Mill. EUR	84,8	64,7	63,7	52,9	70,8	117,5	121,4	135,7	130,3
* Afrika	Mill. EUR	7,4	8,9	45,9	4,5	3,6	6,4	4,8	3,7	6,0
* Amerika	Mill. EUR	74,6	64,8	61,7	63,1	71,1	111,5	52,9	63,6	61,0
* Asien	Mill. EUR	200,1	210,2	200,4	192,6	224,4	232,2	172,4	175,3	212,2
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5,2	6,9	7,5	11,8	5,6	6,2	9,2	5,0	5,8
<b>GEWERBEANZEIGEN<sup>2</sup></b>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 255	2 314	2 242	2 038	2 226	2 771	2 449	-	-
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 974	1 994	1 822	1 912	1 039	2 507	1 797	-	-
<b>INSOLVENZEN</b>										
* Insolvenzen	Anzahl	145	309	289	298	330	352	359	394	411
davon										
* Unternehmen	Anzahl	89	116	107	120	145	121	101	123	150
* Verbraucher	Anzahl	35	64	60	46	58	74	82	96	100
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	x	97	72	74	78	147	158	168	151
* sonstige natürliche Personen <sup>3</sup> , Nachlässe	Anzahl	20	32	50	58	49	10	18	7	10
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	45	91	78	65	114	144	78	90	90
		2001	2002	2001/2002			2002/2003			
		Vierteljahresdurchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
<b>HANDWERK</b>										
* Beschäftigte	30.09.1998 $\hat{=}$ 100	89,4	85,9	87,9	85,6	85,4	86,8	84,0	80,8	81,0
* Umsatz	Vj.-D. 1998 $\hat{=}$ 100	97,7	96,1	105,3	82,5	96,8	101,2	103,8	80,9	94,6
		2001	2002	2002			2003			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
<b>PREISE</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
* Verbraucherpreisindex	2000 $\hat{=}$ 100	102,0	103,4	103,2	103,4	103,3	104,0	104,5	104,6	104,3
darunter für										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		104,5	105,3	107,1	106,9	106,8	104,6	105,1	105,5	105,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren		101,7	105,8	105,4	105,4	105,5	110,5	111,3	111,3	111,3
Bekleidung und Schuhe		100,8	101,5	101,4	101,9	102,0	100,4	100,9	101,5	101,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe		102,4	103,4	103,1	103,3	103,4	104,5	104,8	105,1	104,7
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.		100,9	101,9	101,9	102,0	102,0	102,1	102,2	102,2	102,3
Gesundheitspflege		101,3	101,9	101,8	101,9	101,9	102,2	102,3	102,3	102,2
Verkehr		102,5	104,5	103,0	104,0	105,2	106,5	107,3	107,5	106,7
Nachrichtenübermittlung		94,1	95,7	95,7	95,5	95,6	95,5	95,9	95,9	96,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur		100,6	101,3	101,9	101,5	99,5	99,9	101,3	100,7	100,3
Bildungswesen		101,3	104,0	103,4	103,6	103,6	104,9	105,0	105,8	106,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen		101,9	105,6	104,7	104,4	103,6	105,3	105,7	105,2	105,4
Andere Waren und Dienstleistungen		103,0	105,0	104,6	104,7	104,8	106,2	106,3	106,3	106,4
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel, Tankstellen zusammen		101,1	101,8	102,2	102,3	102,3	101,9	102,2	102,3	102,1
* Preisindex für Wohngebäude <sup>3</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	98,5	98,5	98,4	.	.	.	98,6	.	.
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>4</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	104,9	104,4	104,4	104,7	104,6	106,0	106,4	106,5	106,3
Einfuhrpreise <sup>4</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	112,1	109,3	109,6	110,5	110,7	109,6	110,3	109,6	107,4
Ausfuhrpreise <sup>4</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	105,4	105,3	104,9	105,2	105,4	105,5	105,8	105,8	105,7
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	100,8	94,6	99,4	99,7	96,0	94,8	96,4	94,8	94,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>4</sup>	1995 $\hat{=}$ 100	109,9	109,7	109,8	110,3	110,4	110,4	111,0	111,3	110,4

<sup>1</sup> Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

<sup>2</sup> ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe <sup>3</sup> beispielsweise als Gesellschafter oder Mithalter <sup>4</sup> ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		2001	2002	2002			2002/2003																									
		Monatsdurchschnitt		Januar <sup>1 2</sup>	April <sup>1 2</sup>	Juli <sup>1 2</sup>	Oktober	Januar	April	Juli																						
<b>VERDIENSTE<sup>3</sup></b>																																
Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe	EUR	2 324	2 368	2 357	2 357	2 357	2 389	2 296	2 432	2 442																						
männlich	EUR	2 413	2 461	2 453	2 453	2 453	2 476	2 370	2 521	2 532																						
darunter Facharbeiter	EUR	2 572	2 624	2 614	2 614	2 614	2 643	2 525	2 679	2 702																						
weiblich	EUR	1 789	1 820	1 803	1 803	1 803	1 853	1 858	1 872	1 877																						
darunter Hilfsarbeiter	EUR	1 662	1 691	1 671	1 671	1 671	1 731	1 728	1 751	1 740																						
Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe	EUR	14,18	14,36	14,25	14,25	14,25	14,56	14,67	14,84	14,84																						
männlich	EUR	14,72	14,89	14,80	14,80	14,80	15,07	15,21	15,35	15,33																						
darunter Facharbeiter	EUR	15,76	15,96	15,87	15,87	15,87	16,12	16,31	16,38	16,42																						
weiblich	EUR	10,99	11,16	11,03	11,03	11,03	11,42	11,52	11,56	11,65																						
darunter Hilfsarbeiter	EUR	10,15	10,31	10,17	10,17	10,17	10,59	10,70	10,82	10,87																						
bezahlte Wochenarbeitszeit																																
männlich	h	37,7	38,0	38,2	38,2	38,2	37,8	35,9	37,8	38,0																						
weiblich	h	37,5	37,5	37,6	37,6	37,6	37,3	37,1	37,3	37,1																						
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe	EUR	3 387	3 445	3 414	3 414	3 414	3 505	3 548	3 580	3 610																						
männlich	EUR	3 690	3 753	3 719	3 719	3 719	3 817	3 862	3 895	3 927																						
weiblich	EUR	2 629	2 680	2 652	2 652	2 652	2 731	2 774	2 796	2 820																						
kaufmännische Angestellte	EUR	3 186	3 259	3 213	3 213	3 213	3 344	3 415	3 403	3 453																						
technische Angestellte	EUR	3 574	3 620	3 600	3 600	3 600	3 656	3 679	3 757	3 765																						
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 542	2 627	2 598	2 598	2 598	2 683	2 669	2 692	2 683																						
männlich	EUR	2 864	2 920	2 892	2 892	2 892	2 973	2 955	2 979	2 982																						
weiblich	EUR	2 154	2 229	2 207	2 207	2 207	2 272	2 270	2 288	2 270																						
kaufmännische Angestellte	EUR	2 532	2 623	2 595	2 595	2 595	2 677	2 658	2 685	2 672																						
Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 895	2 964	2 931	2 931	2 931	3 027	3 044	3 064	3 075																						
männlich	EUR	3 264	3 307	3 275	3 275	3 275	3 366	3 386	3 407	3 430																						
weiblich	EUR	2 302	2 374	2 347	2 347	2 347	2 425	2 441	2 457	2 453																						
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th></th> <th>2001</th> <th>2002</th> <th colspan="3">2001/2002</th> <th colspan="4">2002/2003</th> </tr> <tr> <th></th> <th></th> <th>Vierteljahresdurchschnitt</th> <th></th> <th>4. Quartal</th> <th>1. Quartal</th> <th>2. Quartal</th> <th>3. Quartal</th> <th>4. Quartal</th> <th>1. Quartal</th> <th>2. Quartal</th> </tr> </thead> </table>													2001	2002	2001/2002			2002/2003						Vierteljahresdurchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
		2001	2002	2001/2002			2002/2003																									
		Vierteljahresdurchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal																						
<b>STEUERN</b>																																
<b>Steueraufkommen nach der Steuerart</b>																																
Gemeinschaftsteuern <sup>4</sup>	Mill. EUR	2 240	2 211	2 566	1 885	2 086	2 326	2 574	1 772	2 126																						
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 025	1 046	1 228	954	968	1 018	1 245	951	980																						
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	131	115	242	- 145	210	189	207	- 216	145																						
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. EUR	65	83	48	49	54	188	39	68	59																						
Zinsabschlagsteuer	Mill. EUR	39	35	35	65	22	24	27	57	19																						
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	110	80	62	127	39	71	82	124	66																						
Umsatzsteuer	Mill. EUR	826	806	871	829	758	787	851	771	784																						
Gewerbsteuerumlage	Mill. EUR	45	46	81	6	34	48	96	18	74																						
Landesteuern	Mill. EUR	176	157	160	156	161	164	149	172	177																						
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	4	3	4	2																						
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	51	44	48	43	45	48	40	53	41																						
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	76	67	65	71	74	67	58	71	71																						
Gemeindesteuern	Mill. EUR	247	247	242	200	244	259	283	297	284																						
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	5	4	5	4	4	5																						
Grundsteuer B	Mill. EUR	68	69	60	66	69	75	66	69	71																						
Gewerbsteuer	Mill. EUR	164	1 621	168	120	160	165	205	215	198																						
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft</b>																																
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern <sup>2</sup>	Mill. EUR	1 037	1 018	1 169	888	957	1 072	1 155	835	975																						
Lohnsteuer	Mill. EUR	436	445	522	405	412	432	529	404	417																						
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	56	49	103	- 62	- 90	80	88	- 92	62																						
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	55	40	31	64	19	36	41	62	33																						
Umsatzsteuer	Mill. EUR	429	415	453	426	390	405	437	396	403																						
Gewerbsteuerumlage	Mill. EUR	12	13	21	1	11	14	28	5	23																						
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	75	73	84	68	65	77	81	67	65																						
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	1 112	1 091	1 253	956	1 022	1 150	1 236	902	1 040																						
Steuereinnahmen des Landes <sup>5</sup>	Mill. EUR	1 348	1 318	1 286	1 118	1 408	1 338	1 407	1 332	1 187																						
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	1 103	1 060	1 178	907	1 057	1 102	1 174	1 092	1 066																						
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. EUR	462	457	503	461	415	436	502	458	424																						
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	53	49	102	- 62	88	81	88	- 92	62																						
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. EUR	55	15	35	31	5	- 1	25	234	20																						
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	445	441	433	414	470	425	455	410	452																						
Gewerbsteuerumlage	Mill. EUR	33	32	60	4	24	17	68	12	50																						
Steuereinnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände (netto) <sup>6</sup>	Mill. EUR	408	405	600	204	378	415	625	283	361																						
Gewerbsteuer <sup>6</sup>	Mill. EUR	119	117	89	114	130	121	103	195	125																						
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	207	187	436	10	164	200	408	5	132																						

<sup>1</sup> Neuer Berichtskreis im Handel und Kredit- und Versicherungsgewerbe ab Oktober 2001

<sup>2</sup> Aus aufbereitungstechnischen Gründen wurden für die Berichtsmoate Januar, April und Juli 2002 die Werte aus Oktober 2001 verwendet.

<sup>3</sup> Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungschädigungen, Auslösungen usw.

<sup>4</sup> ohne Einfuhrumsatzsteuer <sup>5</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen <sup>6</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.08.2002			Bevölkerungsveränderung im August 2002				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 2003 (vorläufige Zahlen)				
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuss der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	sonstige Veränderungen <sup>2</sup>	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>3</sup>	Verletzte		
		Vormonat	Vorjahresmonat <sup>1</sup>									
		%										
FLENSBURG	84 525	+ 0,1	+ 0,1	+ 3	+ 120	+ 0	+ 123	34	-	41		
KIEL	232 490	+ 0,0	+ 0,2	- 6	+ 116	+ 0	+ 110	104	1	125		
LÜBECK	213 348	+ 0,0	- 0,0	- 41	+ 91	+ 0	+ 50	119	2	160		
NEUMÜNSTER	79 629	+ 0,1	+ 0,1	- 10	+ 99	+ 5	+ 94	27	-	32		
Dithmarschen	137 481	+ 0,0	+ 0,1	- 50	+ 110	+ 0	+ 60	41	2	52		
Herzogtum Lauenburg	183 022	+ 0,1	+ 1,2	- 3	+ 229	+ 1	+ 227	67	1	101		
Nordfriesland	165 846	- 0,0	+ 0,5	- 20	- 38	+ 1	- 57	102	1	138		
Ostholstein	204 515	+ 0,1	+ 0,7	- 27	+ 179	+ 0	+ 152	121	4	167		
Pinneberg	294 705	+ 0,1	+ 0,6	- 3,0	+ 254	+ 0	+ 224	118	1	143		
Plön	134 221	+ 0,1	+ 0,6	- 3,5	+ 180	+ 0	+ 145	68	-	92		
Rendsburg-Eckernförde	272 389	- 0,0	+ 0,4	- 1,1	+ 1	+ 0	- 10	105	3	137		
Schleswig-Flensburg	198 991	+ 0,0	+ 0,4	- 3,3	+ 62	- 3	+ 26	80	2	111		
Segeberg	253 547	+ 0,0	+ 0,7	- 26	+ 116	+ 0	+ 90	128	2	171		
Steinburg	136 927	+ 0,1	+ 0,4	- 12	+ 74	+ 0	+ 62	46	4	60		
Stormarn	220 743	+ 0,1	+ 0,7	- 39	+ 171	- 1	+ 131	111	3	157		
Schleswig-Holstein	2 812 379	+ 0,1	+ 0,5	- 340	+ 1 764	+ 3	+ 1 427	1 271	26	1 687		

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>4</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>6</sup> am 01.01.2003		
	Betriebe am 31.03.2003	Beschäftigte am 31.03.2003	Umsatz <sup>5</sup> im März 2003 Mill. EUR	insgesamt	Pkw <sup>7</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>8</sup>
FLENSBURG	48	8 231	196	47 074	40 200	475
KIEL	96	13 075	135	122 614	104 355	447
LÜBECK	104	12 812	205	112 537	95 791	449
NEUMÜNSTER	62	5 735	80	48 909	40 889	514
Dithmarschen	60	5 937	296	96 777	75 677	551
Herzogtum Lauenburg	94	7 542	92	125 065	104 262	567
Nordfriesland	56	3 451	82	121 076	95 793	578
Ostholstein	80	6 102	62	138 091	114 206	558
Pinneberg	179	16 526	259	192 547	161 645	547
Plön	42	2 186	31	88 416	71 747	534
Rendsburg-Eckernförde	109	7 460	122	192 969	157 085	576
Schleswig-Flensburg	80	4 015	59	142 095	112 048	562
Segeberg	182	15 426	247	188 958	155 854	613
Steinburg	68	6 474	111	94 233	75 358	550
Stormarn	162	17 050	219	159 131	133 983	606
Schleswig-Holstein	1 422	132 022	2 198	1 870 492	1 538 893	546

<sup>1</sup> nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

<sup>2</sup> aufgrund von Gebietsänderungen sowie Korrekturen der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung

<sup>3</sup> einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

<sup>4</sup> Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

<sup>5</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>6</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>7</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>8</sup> Einwohner am 31.12.2002

<sup>a</sup> Die Summe enthält Meldungen die keinem Kreis zuzuordnen sind.

# Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>		
	Einwohner am 31.12.2002		Arbeitslose Ende April 2003			Kurzarbeiter Mitte April 2003	offene Stellen Ende April 2003	Be- schäftigte am 28.02.2002	Umsatz <sup>4</sup> im Februar 2002	
	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	Arbeitslosen- quote <sup>2</sup>				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 661	+ 0,6	343,2	+ 19,2	+ 7,0	45,7	61,6	1 237	19 067	43,3
Bayern	12 387	+ 0,5	456,5	+ 22,7	+ 8,1	34,4	71,6	1 182	20 632	45,1
Berlin	3 392	+ 0,1	316,3	+ 9,9	+ 20,8	4,5	8,7	108	2 242	25,8
Brandenburg	2 582	- 0,4	262,1	+ 9,8	+ 21,0	7,6	10,1	87	1 233	18,2
Bremen	662	+ 0,4	43,8	+ 8,5	+ 14,8	2,0	3,3	63	1 623	53,1
Hamburg	1 729	+ 0,1	87,7	+ 13,4	+ 11,5	2,6	8,3	99	5 146	12,4
Hessen	6 092	+ 0,2	244,7	+ 15,5	+ 8,9	27,7	30,5	440	6 774	42,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 745	- 0,9	189,1	+ 11,1	+ 22,3	3,5	8,8	50	569	16,5
Niedersachsen	7 981	+ 0,3	392,9	+ 10,2	+ 11,1	17,6	43,9	540	11 010	40,5
Nordrhein-Westfalen	18 076	+ 0,1	896,6	+ 12,7	+ 11,1	52,7	74,4	1 361	23 466	36,4
Rheinland-Pfalz	4 058	+ 0,2	159,1	+ 11,9	+ 8,8	9,8	32,3	289	5 188	46,3
Saarland	1 065	- 0,1	49,5	+ 9,5	+ 10,7	3,1	4,9	102	1 704	45,8
Sachsen	4 349	- 0,8	421,6	+ 2,1	+ 20,1	12,0	19,5	224	2 891	31,3
Sachsen-Anhalt	2 549	- 1,2	277,8	+ 5,6	+ 22,4	6,4	10,8	109	1 712	20,8
Schleswig-Holstein	2 817	+ 0,4	137,0	+ 15,4	+ 11,0	5,3	13,5	132	2 108	36,0
Thüringen	2 392	- 0,8	217,3	+ 6,9	+ 18,6	7,3	11,6	140	1 628	27,1
Bundesrepublik Deutschland	82 537	+ 0,1	4 495,2	+ 11,7	+ 12,0	242,2	419,0	6 164	106 993	38,8
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 527 <sup>a</sup>	+ 0,3 <sup>a</sup>	2 811,0	+ 14,8	+ 9,5	200,9	349,6	5 535	98 712	39,9
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	13 617 <sup>a</sup>	- 0,8 <sup>a</sup>	1 684,2	+ 6,9	+ 20,7	41,3	69,4	630	8 281	25,2

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr <sup>6</sup> im Dezember 2002		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>7</sup> im Juli 2002				
	Beschäftigte am 31.12.2002	Baugewerblicher Umsatz <sup>4</sup> im Dezember 2002		Zahl der genehmigten Wohnungen im Dezember 2002	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. EUR				Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	je 100 Unfälle
			%	%	%						
Baden-Württemberg	101	1 040	+ 2,6	4 171	803 825	2 283 322	- 1,4	4 458	+ 4,4	5 899	132
Bayern	150	1 626	- 6,4	4 724	1 450 686	4 371 748	+ 0,2	6 116	- 2,2	8 100	132
Berlin	24	253	- 4,1	218	308 606	646 984	+ 0,4	1 315	- 2,2	1 587	121
Brandenburg	43	361	- 15,3	795	151 361	419 963	- 4,2	1 072	- 2,9	1 377	128
Bremen	6	63	- 31,6	69	51 574	88 970	+ 1,1	305	+ 11,7	366	120
Hamburg	11	174	- 11,2	443	190 185	344 552	+ 7,0	801	- 1,7	984	123
Hessen	54	601	- 6,2	1 269	570 836	1 487 170	- 2,4	2 598	+ 16,1	3 458	133
Mecklenburg-Vorpommern	24	188	- 5,7	850	211 739	775 527	- 0,1	904	+ 6,1	1 211	134
Niedersachsen	83	718	- 10,8	4 695	540 842	1 644 328	+ 3,8	3 309	+ 2,6	4 472	135
Nordrhein-Westfalen	134	1 284	- 8,5	8 443	971 880	2 390 212	- 2,2	6 382	+ 1,3	7 991	125
Rheinland-Pfalz	41	417	+ 0,8	1 383	336 587	1 015 363	+ 4,2	1 878	+ 11,8	2 516	134
Saarland	10	90	- 25,1	173	39 241	135 154	+ 0,0	505	+ 14,5	643	127
Sachsen	67	551	- 32,2	917	381 127	1 035 755	- 6,1	1 538	+ 2,6	1 982	129
Sachsen-Anhalt	39	299	- 13,4	355	134 281	343 249	- 3,7	1 040	+ 15,3	1 399	135
Schleswig-Holstein	27	211	- 1,1	929	190 815	651 350	- 2,7	1 271	- 3,5	1 713	135
Thüringen	35	254	- 7,4	451	187 886	575 980	- 5,7	909	+ 3,6	1 243	137
Bundesrepublik Deutschland	849	8 130	- 9,2	29 885	6 521 471	18 209 627	- 0,8	35 743	+ 5,8	46 855	131
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	632	6 398	- 6,0	26 331	5 341 748	14 824 700	+ 0,1	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	217	1 731	- 19,5	3 554	1 179 723	3 384 927	- 4,3	-	-	-	-

<sup>1</sup> gegenüber Vorjahresmonat

<sup>2</sup> bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

<sup>3</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>5</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

<sup>6</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

<sup>7</sup> vorläufige Zahlen

<sup>a</sup> nicht mehr mit Berlin ausgewiesen

Gedruckt im  
Statistischen Landesamt  
Schleswig-Holstein

